espero

Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung
3. Jhrg., Nummer 6/7, März 1996

INHALT:

Neu!! Espero im Internet: http://ourworld.compuserve.com:80/homepages/trend/

Achtung! Alle Mitteilungen an Espero bitte nur schriftlich an die Redaktionsanschriften (siehe S. 3)

Editorial

Berlin / Neu Wulmstorf im März 1996

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir sind zuversichtlich, daß wir auch mit dieser neuen Ausgabe von ESPERO einen Beitrag zur libertären Diskussion leisten und damit die Aufforderung verbinden können, Libertäre und interessierte Menschen für eine inhaltliche Auseinandersetzung zu gewinnen. Die Redaktion wird eigene Zielsetzungen einbringen und vertreten, aber die Autoren, die für ESPERO arbeiten, sind unabhängig, vertreten ihre Auffassungen, wobei es durchaus auch der Fall sein kann, daß es in bestimmten Fragen unterschiedliche Meinungen geben wird.
ESPERO ist ein organisationsungebundenes Organ und das bietet den Vorteil, daß Menschen, die eine freie Gesellschaft in einer unterschiedlichen Motivation anstreben, ihre eigenen Anschauungen, Perspektiven und Alternativen beschreiben und als Gesprächspartner ernstgenommen werden.
Für die vorliegende Ausgabe konnten wir wieder den Anti-Pädagogen Ulrich Klemm gewinnen, der den Freiheitsbegriff im Anarchismus untersucht und davon ausgeht, daß der Anarchismus eine angeborene soziale Kompetenz des Menschen voraussetzt, um zu einer optimistischen Gesellschafts- und Freiheitstheorie zu gelangen. In dieser Frage sind die Anthropologen gefordert. In der Kritik von B. F. Skinner heißt es: "Das Fatale an der Anarchie war immer, daß sie viel zu viel Vertrauen in die menschliche Natur setzte", aber dazu gibt es auch die Meinung, Libertäre gehen bewußt davon aus, daß der Mensch zum "Bösen" fähig sei und in der Durchsetzung der gleichen Freiheit aller findet das Böse seine Begrenzung.
Der Dipl. Ökonom Dirk Kühne widmet sich einem Denker des Anarchismus, der in Fragen einer libertären Ökonomie und Herrschaftslosigkeit eine besondere Bedeutung besitzt, nämlich P. J. Proudhon. Er beschreibt Proudhons Versuch "einer alternativen Volksbank" und legt seine Auffassung dar, daß Proudhons Grundideen zutreffend waren, Defizite von anderen Autoren ausgeglichen werden, jedoch eine gesamtgesellschaftliche Lösung anzustreben sei. B. R.Tucker (1854-1939), kenntnisreicher Kritiker der herrschenden Geldordnung, führte den Zins nicht auf den Eigenwert des Geldes zurück, sondern auf das staatliche Geldmonopol (Diskont). Genügend Denkanstöße, um ein wichtiges Problem inhaltlich aufzuarbeiten.
Im Beitrag "Arbeitslosigkeit - kein unabwendbares Schicksal" wird anhand von konkreten Beispielen dargestellt, welche Auswirkungen "Staatsverschuldungen" und "Zinsbelastungen" auf die Volkswirtschaft und damit auf den Arbeitsmarkt haben. Besonders in der "Dritten Welt" (Trikont) ersticken die Volkswirtschaften am "Kapitaldienst" und auch hierzulande wächst das Geldvermögen in den Händen von

wenigen, während weite Bevölkerungsteile ins soziale Abseits geraten. Auch in dieser Frage sind die Libertären gefordert, sich Gedanken über eine libertäre Ökonomie zu machen. Hierzu gehört auch der Beitrag von André Siegenthaler "SchuldnerInnen und Besitzlose aller Orten vereinigt euch!", in dem dargestellt wird, wie sich Leute in Mexiko gegen diese einseitige Entwicklung zur Wehr setzen.
Der verschiedentlich angekündigte Artikel von Jochen Knoblauch über das Stirner-Grab erscheint in der nächsten Ausgabe. Stattdessen gibt es etwas aktuelles zum Thema Militarismus und den 8. März (internationaler Frauentag).
Auch die "Schlaglichter" beschäftigen sich mit aktuellen Themen und Begebenheiten, die ESPERO zu einem Diskussionsforum für alle machen soll, die an libertären Ideen interessiert sind.
Aufmerksamen LeserInnen wird es nicht entgangen sein, daß die Unterzeile zu ESPERO geändert worden ist. Wir hoffen damit den Kreis ernsthafter, an Lösungen unserer Zeit Interessierter, zu vergrößern.
Maja Parerga geht der Frage nach, ob Stirner auch ein Poet, wie verschiedentlich vermutet, gewesen ist.

Die Herausgabe eines Blattes wie ESPERO ist in diesen schwierigen Zeiten, in denen eine Entpolitisierung und Privatisierung auch eine Rolle spielt, eine nicht leichte Aufgabe.
Wir haben FreundInnen zu danken, die uns finanziell unterstützen und damit auch die Edition dieser ESPERO Nr. 6/7 ermöglichten. Aber wir brauchen die Solidarität von allen LeserInnen, die an der weiteren Existenz von ESPERO interessiert sind. Sie können uns mit einem ABO, einer Spende und auch mit den Adressen von möglichen InteressentInnen helfen.
Ideenvertiefung liegt uns am Herzen, aber der Widerstand gegen Herrschaft, die Erringung der Herrschaftslosigkeit, erfordert ebenso die Verbreitung von libertären Ideen und Perspektiven. Und da sind wir auf die Hilfe und Solidarität unserer LeserInnen angewiesen.

Impressum: Redaktion & Abo:
Uwe Timm
Wulmstorfer Moor 34 b
21629 Neu Wulsmtorf

Postgirokonto Hamburg
Kto.Nr. 0253827-207
BLZ 200 100 20
(Uwe Timm)

ABO für 5 Ausgaben: 20,00 DM incl. Versand.
Einzelpreis (incl. Porto) 4,50 DM (in Briefmarken)

WiederverkäuferInnen ab 4 Ex./pro Ausgabe 2,50 DM/Stck. gegen Vorauskasse (incl. Versand).

Endredaktion und V.i.S.d.P.: JochenKnoblauch
Knobelsdorffstr.8
14059 Berlin
Redaktion in der Schweiz: André Siegenthaler
c/o Anares
Postfach
CH-3000 Bern 8

Ulrich Klemm

Der Freiheitsbegriff im Anarchismus - Versuch einer Annäherung

Freiheit als Schlüsselbegriff der Neuzeit

Freiheit ist zur wichtigsten, aufregendsten und folgenreichsten, aber ebenso zur gefährlichsten politisch-philosophischen Formel der Neuzeit geworden: im Namen der Freiheit erhoben sich nicht nur Völker gegen ihre Tyrannen; im Namen der Freiheit wurden ebenso "gerechte" Kriege geführt, "Kalte Kriege" am Leben erhalten; es wurde im Dienste der Freiheit getötet, ausgebeutet und versklavt und schließlich erhielt die Freiheit in unserem Jahrhundert einen besonders pervertierten Geschmack mit der nationalsozialistischen Parole von "Arbeit macht frei", die über Eingangstoren zu Vernichtungslagern wie Auschwitz während des "Dritten Reiches" angebracht wurden. Das Streben nach Freiheit findet seinen Niederschlag, sozialgeschichtlich gesehen, nicht nur in konkretem gesellschaftlichen Handeln - sprich in Rebellionen, Revolutionen und Widerstand gegen Herrschaft und Zwang -, sondern ebenso, ideengeschichtlich betrachtet, in politischen Proklamationen und Traktaten, in

Kunstwerken, in literarischen Utopien, in der belletristischen und lyrischen Literatur oder in philosophischen Diskussionen.
Ebenso ist das Thema Freiheit nicht an eine bestimmte Gesellschaftsschicht gebunden. Freiheitliches Denken und Handeln findet sich bei Arbeitern ebenso wie Bauern (z.B. Bauernkriege), beim Klerus (z.B. Thomas Müntzer; Befreiungstheologen), beim Adel (z.B. Graf Mirabeau, Graf Tolstoi), beim "Dritten Stand" oder bei "Bürgerlichen" (z.B. Französische Revolution; 1848er Revolution) und selbst beim Militär (z.B. Attentat und Verschwörung vom 20. Juli 1944 gegen Hitler).
Wir haben es beim Thema Freiheit also offensichtlich mit einem universellen Phänomen zu tun, oder, wie der Philosoph Hermann Krings es ausdrückt:
"Das Thema Freiheit ist in der ganzen Welt aktuell, doch das Wort bezeichnet jeweils eine andere Realität" (H. Krings 1977, S. 86).
Die Kernfrage des Anarchismus - und hier ist er hoch anschlußfähig an die politische und philosophische Diskussion der Neuzeit - ist gleichzeitig eine Kernfrage der Neuzeit: Die Antinomie* und Dialektik von Herrschaft und Freiheit. Es wird im folgenden eine Antwort auf die Frage gesucht, wie der Anarchismus darauf reagiert und wie - bzw. ob überhaupt - er sich in seinem Lösungsversuch von anderen Ansätzen abhebt. Es liegt hier zunächst die Vermutung nahe, daß er diese Antinomie einer gleichsam harmonisch- normativen philosophischen Lösung zuführt, bei der die Freiheitsidee eine maximale politische und gesellschaftliche Realisierung und Legitimation erfahren kann. Freiheit und Herrschaft als Begriffe und sozial-politisch real existierende Phänomene sind sowohl Leitlinien, als auch Grundbegriffe im neuzeitlichen Denken und Handeln sowie Ausgangspunkte einer staatsrechtlichen und politischen öffentlichen Auseinandersetzung. So wird einmal Freiheit als Begriff gewertet, ohne den ein politischer Diskurs in der Neuzeit nicht denkbar ist (H. Günther 1979, S. 64) und andererseits Herrschaft bzw. Autorität mit seinen Legitimationsversuchen als das "Grundproblem aller politischen Philosophie" (R. Spaemann 1972, S. 735) verstanden. Dieses als Antinomie bestehende Problem zeigt sich in der Neuzeit auf der sozial- und realgeschichtlichen Ebene als die Spannung zwischen dem Freiheitsstreben und -bedürfnis der Individuen auf der einen Seite und den Herrschaftsinteressen neuer Eliten, Schichten und Verfaßtheiten (z.B. dem Staat) andererseits. Ideengeschichtlich äußert sich dieses Problem in dem Anspruch der Neuzeit, sowohl Individualität als auch Sozialität zu garantieren. Es geht dabei um die philosophische Frage, wie die Freiheit von einer Person A die gleiche Freiheit einer Person B ermöglicht und dabei noch Sozialität erreicht wird? Wie können zwei oder viele freie Menschen so miteinander interagieren und kommunizieren, daß ihre individuelle Freiheit erhalten bleibt und gleichzeitig Gesellschaftlichkeit möglich ist? Anders gesagt: Mit der neuzeitlichen Idee der Freiheit entfremdet sich der Mensch ideengeschichtlich und psychologisch von der Sicherheit transzendent aler Bindung und Orientierung und unterbricht die mittelalterliche Einheit von Gott und Mensch und einer Gesellschaftsordnung, die nicht auf der Gleichheit, Freiheit und Individualität der Menschen basiert. Dieser neue Bindungsrelativismus sowie die Selbst-Entlassung des Menschen in die Subjektivität, in die Individualität und autonome Identität, implizieren

für die Pädagogik der Neuzeit eine neue Legitmation. Mit der Professionalisierung, Institutionalisierung und Verwissenschaftlichung von Bildung und Erziehung, das heißt dem Auf- und Ausbau des Schulsystems sowie der Intensivierung der Erziehung innerhalb der Familie, bekommt Pädagogik kulturgeschichtlich eine wichtige und neue Funktion innerhalb des Modernisierungsprozesses seit der Renaissance und Reformation. Verkürzt und auf eine Formel gebracht, heißt dies, daß Freiheit einerseits zum Schlüsselbegriff und Hoffnungsträger für die Neuzeit geworden ist, sich andererseits damit aber auch das Problem bzw. die Antinomie von Zwang und Freiheit neu stellt und nach einer "modernen" Lösung verlangt. Diese Antinomie von Zwang und Freiheit zeigt sich in der Neuzeit auf verschiedenen Ebenen. Realgeschichtlich und ideengeschichtlich ist die Neuzeit in diesem Sinne damit beschäftigt, theoretische und praktische Lösungen für diesen Widerspruch zu finden, der seinen Ausgangspunkt in der Idee von "gleich-freien" Menschen hat, die in einem gemeinsamen und gesellschaftlichen Kontext interagieren und kommunizieren müssen.

Der Freiheitsbegriff im Anarchismus als gesellschaftlich-empirisches Prinzip

Es läßt sich die These aufstellen, daß der Freiheitsgedanke bzw. der Freiheitsbegriff im Anarchismus eine überaus pointierte und radikale Transformation für die gesellschaftliche Praxis in der Neuzeit erlebt. Paradigmatisch für den Anarchismus Ende des 19. Jahrhunderts drückt dies M. Bakunin im Kontext eines Beitrages zur Pariser Commune (1871, hier dt. 1923) aus: "Ich bin ein leidenschaftlicher Liebhaber der Freiheit, die ich für das einzige Milieu halte, in welchem die Intelligenz, die Würde und das Glück des Menschen sich entwickeln und wachsen können; - nicht jener ganz formellen, vom Staat aufgezwungenen, zugemessenen und reglementierten Freiheit, vom Staat der ewigen Lüge, die in Wirklichkeit nie etwas anderes vertritt, als das Vorrecht einzelner, gegründet auf die Sklaverei aller; nicht jener individualistischen, egoistischen, kleinlichen und fiktiven Freiheiten, welche die Schule J.-J. Rousseaus und anderen Schulen des Bourgeoisliberalismus lobpreisen und welche das sogenannte Recht aller, das der Staat vertritt, als Grenze des Rechts jedes einzelnen betrachtet, was notwendigerweise immer das Recht des einzelnen auf Null reduziert. Nein, ich verstehe darunter die einzige dieses Namens wahrhaft würdige Freiheit, diejenige, welche in der vollen Entwicklung aller materiellen, geistigen und moralischen Kräfte besteht, die im Zustand schlummernder Fähigkeiten jedem zu eigen sind, die Freiheit, die keine anderen Beschränkungen kennt, als die uns von den Gesetzen unserer eigenen Natur vorgeschriebenen, so daß es, genau genommen, keine Beschränkungen sind, da diese Gesetze uns nicht von einem äußeren Gesetzgeber auferlegt sind, der neben uns oder über uns existiert, - sie sind uns innewohnend und eigen, sie bilden die Grundlage unseres ganzen Wesens, des materiellen, wie des intellektuellen und moralischen; statt also in ihnen die Grenze zu sehen, müssen wir sie als die wahren Bedingungen und die tatsächliche Ursache unserer Freiheit betrachten" (M. Bakunin 1923, S. 268).
Dieses pathetisch zum Ausdruck gebrachte Freiheitsverständnis zeigt die Absolutheit, mit der Freiheit als Ziel und vor allem auch als Voraussetzung menschlichen Handelns

begründet wird sowie als Naturgesetz anthropologische Priorität im Prozeß der kulturellen Evolution erhält. Es wird unterschieden zwischen einem "richtigen" und "falschen" Freiheitsverständnis. Zum Maßstab hierbei wird der Ort, von dem aus Freiheit begründet und legitimiert wird: Die Grenzen der Freiheit können nicht von einer gesellschaftlichen Institution wie etwa dem Staat oder der Kirche festgelegt werden. Hierzu besteht kein "Rechtsanspruch" dieser Institutionen. Die Gren zen der Freiheit liegen in den "Gesetzen unserer eigenen Natur" (ebd.), d.h. im Individuum und lassen sich nur intrinsisch** begründen. Eine extrinsische*** Legitimation von Freiheit - als z.B. über den Staat - reduziert das Recht des einzelnen "auf Null" (ebd.) und widerspricht damit der Natur des Menschen. Damit wird die intrinsische Begründung und Legitimierung von Freiheit auch nicht als Begrenzung von derselben gesehen, sondern als deren Voraussetzung.

Als Beispiel einer politischen Operationalisierung dieses Freiheitsbegriffes für den Anarchismus sei hier auf E. Mühsam verwiesen. Für ihn wird Freiheit zu einem gesellschaftlichen Prinzip. Freiheit wird als gesellschaftliche Freiheit verstanden. Es geht dem Anarchismus um die "Neugestaltung der Gesellschaft im Geiste der Freiheit" (E. Mühsam 1930, S. 269). Gesellschaftspolitisch bedeutet dies die Transformation von einer auf der "Gehorsamspflicht" (ebd., S. 270) beruhenden gesellschaftlichen Ordnung in eine, die vom Prinzip des "Kameradschaftsdienstes" (ebd.) geleitet ist. Gesellschaftliche Freiheit wird in diesem Sinne gleichgesetzt mit einer neuen Art gesellschaftlichen Handelns, die von E. Mühsam (z.B. 1929; 1930) und vor allem von P. Kropotkin ausführlich als das Prinzip der "gegenseitigen Hilfe" naturwissenschaftlich (1904, hier 1975) und philosophisch (1923) begründet wird. Es geht um die Frage, wie und unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen sich der Mensch verwirklichen, d.h. autonom werden kann. E. Mühsam bemerkt hierzu: "Der Mensch strebt nach Erfüllung seiner individuellen Möglichkeiten. Er will seinen einmaligen, von allen anderen Menschen unterschiedlichen Charakter mit den darin begründeten Fähigkeiten, Neigungen, Kräften, Leistungs- und Genußanlagen unabhängig von auferlegtem Zwang frei entwickeln und verwerten. Diese Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung in sich schließt, ist seine Vorstellung von Freiheit; ohne sie kann es keine Freiheit für ihn geben. Die Menschen aber sind auf ihre Arbeit angewiesen und zwar jeder auf die Arbeit aller, alle auf die Arbeit eines jeden. Infolgedessen ist die Gemeinschaftsaufgabe jeder Gesellschaft, die sogenannte soziale Frage zu lösen, d.h. Arbeit, Verteilung und Verbrauch so zu organisieren, daß Leistung und Verwendung in das richtige Verhältnis zum Ertrage der Erde gebracht werden. Unter gesellschaftlicher Freiheit wird nun gemeinhin verstanden, daß die Organisation der gemeinsamen Arbeit der Willkür und dem Nutzen Einzelner entzogen und der Gesamtheit des produzierenden und konsumierenden Volkes übertragen werden. Ist nun - und das entscheidet, ob die Freiheit als gesellschaftliches Prinzip bestehen kann - eine Regelung der menschlichen Beziehungen erreichbar, bei der das Höchtsmaß verbundenen Werteschaffens zum Nutzen aller und unter Ausschaltung der Willkür Einzelner geleistet wird, - und gleichzeitig die Persönlichkeit zur vollen Entwicklung ihrer Fähigkeiten, zum vollen Ausleben ihrer Kräfte, zur vollen Befriedigung ihrer

Bedürfnisse gelangen kann?" (E. Mühsam 1930, S. 268).
Die Lösung der oben gestellten Frage - die gleichsam als eine Grundfrage der politischen Philophie der Neuzeit gewertet werden kann - erfolgt über eine Konkretisierung der Definition von Freiheit im Sinne von "Freiwilligkeit":
"Freiwilliges Schaffen gleichberechtigter Individuen im Dienste gegenseitiger Hilfe, so erhalten wir das soziale Programm einer Menschengemeinschaft, in der Freiheit das gesellschaftlicher Prinzip ist" (ebd., S. 271).
Freiheit als gesellschaftliches Prinzip verstanden führt also zu der Frage nach der gesellschaftlichen Verfaßtheit, in der die Freiheit des Menschen ermöglicht werden soll. Für die Anarchisten ist dabei die Freiheit des Einzelnen keineswegs grenzenlos. Sie korreliert**** vielmehr mit der Gemeinschaft - E. Mühsam spricht hier von der "Gesamtheit des produzierenden und konsumierenden Volkes" (ebd.). Die Verwirklichung von Freiheit als gesellschaftliches Prinzip hängt von der Qualität der Beziehung und Kommunikation zwischen den Individuen ab, die von E. Mühsam in Anlehnung an Kropotkin idealtypisch mit "gegenseitiger Hilfe in der Tier- und Menschenwelt" umschrieben wird (ebd., S. 270). Ähnlich wie Bakunin, und damit im Widerspruch zu Th. Hobbes, geht E. Mühsam von einem "guten" Menschen im "Naturzustand" aus und kann von hier aus Freiheit als einen "natürlichen" und ursprünglichen Wert des Menschen definieren.
Beim Anarchismus ist nicht der Staat die Lösung des Problems der "sozialen Frage" - wie bei sämtlichen Philosophen der Neuzeit-, sondern vielmehr der Verursacher derselben. M. Bakunin geht spekulativ davon aus, daß bei einer empirisch vorhandenen Möglichkeit zur freien Entfaltung der intrinsischen Motivation und Veranlagung des Menschen zur Freiheit, es gar nicht erst zum Zustand des sozialen Kampfes kommt. Wie die meisten Anarchisten auch, bleibt M. Bakunin hier eine empirische Begründung schuldig und begnügt sich mit der metaphysischen Beschwörung eines empirischen Bezugs. Mit diesem idealistischen Menschenbild versucht der klassische Anarchismus das Freiheitsproblem bzw. die Freiheitsparadoxie - den Widerspruch von innerer Freiheit und äußerem Zwang zu lösen. Er entfernt sich dabei deutlich von der vorherrschenden Diskussion der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Freiheit, d.h. von der Auseinandersetzung mit dem freiheitlichsten Staat, und erklärt vielmehr den Ausgangspunkt dieser Diskussion als falsch und stellt fest: Der Mensch benötigt seine Freiheit und die der anderen, um frei zu sein.
Weder ein Gesellschaftsvertrag zwischen Individuum und Gesellschaft, noch ein allmächtiger Staat, dem der Bürger Individualrechte abtritt, löst nach Meinung der Anarchisten das Problem der individuellen Freiheit. Die Realisierung von Freiheit kann nur unter freien Menschen und der gegenseitigen Akzeptanz dieser Freiheit erfolgen. Freiheit ist für den Anarchismus keine vertraglich garantierte. Sie kann nur dort entstehen, wo Gleichheit besteht. Freiheit und Gleichheit benötigen keine Verträge zur Verwirklichung, da sie ausschließlich an das Individuum und seine Rechte gebunden sind. Für M. Bakunin stellt sich das in seiner Schrift "Gott und der Staat" (erstmals dt. 1884, hier 1921) folgendermaßen dar:
"Nur dann bin ich wahrhaft frei, wenn alle Menschen, die mich umgeben, Männer und

Frauen, ebenso frei sind wie ich. Die Freiheit der anderen, weit entfernt davon, eine Beschränkung oder Verneinung meiner Freiheit zu sein, ist im Gegenteil ihre notwendige Voraussetzung und Bejahung. Nur durch die Freiheit anderer werde ich wahrhaft frei, derart, daß, je zahlreicher die freien Menschen sind, die mich umgeben und je tiefer und größer ihre Freiheit ist, desto weiter, tiefer und größer auch die meine wird. (...) Meine auf diese Weise durch die Freiheit aller bestätigte persönliche Freiheit erstreckt sich ins Unendliche.
Man sieht, daß die Freiheit, so wie sie von den Materialisten aufgefaßt wird, eine sehr positive, sehr vollständige und vor allem eine äußerst soziale Sache ist, weil sie nur in der Gesellschaft und nur in der strengsten Gleichheit und Solidarität aller verwirklicht werden kann" (M. Bakunin 1921, S. 180).
Für die weitere Diskussion ergeben sich damit folgende Elemente des Freiheitsbegriffs im Anarchismus:
Der Anarchismus geht bei der Klärung und Definition von Freiheit von derselben Fragestellung aus, die auch zu den vorherrschenden etatistischen politischen und philosphischen Lösungen geführt haben. Es geht um die Frage der Ermöglichung von individueller Freiheit des Individuums bei seiner gleichzeitigen Eingebundenheit in einen natürlichen und sozio-kulturellen Lebenskontext, - anthropologisch gesehen geht die Theorie des Anarchismus von einem "guten" Menschen aus, d.h. er verfügt über eine optimistische Anthropologie. Der Mensch wird nicht mit einem Naturzustand des Kampfes aller gegen alle (wie etwa bei Th. Hobbes oder den Sozialdarwinisten) definiert, sondern durch die "gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt". Der Anarchismus setzt eine angeborene soziale Kompetenz des Menschen voraus, um damit zu einer "optimistischen" Gesellschafts- und Freiheitstheorie zu gelangen, - der Freiheitsbegriff im Anarchismus anerkennt keine extrinsische Begründung und Legitimierung von Freiheitsgrenzen, wie beispielsweise durch die Autorität des Staates. Freiheit kann und darf sich nur intrinsisch, d.h. über die "Natur des Menschen",regulieren, - meine eigene Freiheit definiert sich über die Freiheit der anderen, d.h. ich bin nur dann frei, wenn alle anderen Menschen um mich herum auch frei sind, - Freiheit wird als gesellschaftliches Prinzip - und nicht als ein transzendentales, wie bei I. Kant - gesehen und erhält einen empirischen Charakter.

Literatur

Bakunin, M.: Gott und der Staat. In: M. Bakunin: Gesammelte Werke, Band I, hrsg. von E. Rholfs. Berlin 1921, S. 94- 199; erstmals franz. 1882, erstmals dt. Philadelphia 1884
Bakunin, M.: Die Commune von Paris und der Staatsbegriff. In: M. Bakunin: Gesammelte Werke, Bd. II, hrsg. von M. Nettlau. Berlin 1923, S. 267-281
Krings, H.: Reale Freiheit. Praktische Freiheit. Transzendentale Freiheit. In: J. Simon (Hg.): Freiheit. Theoretische und praktische Aspekte des Problems. Freiburg/München 1977, S. 85-113
Kropotkin, P.: Ethik. Erster Band: Ursprung und Entwicklung der Sittlichkeit. Berlin 1923, Neuausgabe Berlin 1976; erstmals russ. 1922

Kropotkin, P.: Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Deutsche Ausgabe besorgt von Gustav Landauer. Mit einem Nachwort neu herausgegeben von Henning Ritter. Frankfurt/M. 1975; Neuausgabe Wien / Grafenau 1989; erstmals engl. London 1902; erstmals dt. Leipzig 1904 (mit dem Titel "Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung"); die Neuauflage Leipzig 1908 erschien mit dem heute gebräuchlichen Titel.
Mühsam, E.: Der Geist der Freiheit. In: "Fanal", 3. Jg., Januar 1929, Nr. 4, S. 73-80
Mühsam, E.: Die Freiheit als gesellschaftliches Prinzip. In: "Fanal", 4. Jg., Sept. 1930, Nr.12, S. 265-273

* Antinomie = Widerspruch eines Satzes in sich oder zweier gültiger Sätze
** Intrinsische = ureigene, innerliche Faktoren
*** exintrinsisch = äußere Faktoren
**** Korrelat = Wechselbeziehung

ESPERO-Redaktion

Maja Parerga
Max Stirner - ein Philosoph! Max Stirner - ein Poet?

Im 19. Jahrhundert war es schon Bestandteil einer modischen Erscheinung, neben der eigentlichen Profession - sei es die der Jurisprudenz, der Bureautätigkeit, des Lehrstuhls an der Universität oder gar die Philosophie selbst -, sich literarisch zu betätigen. Von Marx wissen wir, daß er Hefte mit Gedichten für seine Jenny füllte. Auch Engels verfaßte dieses und jenes Gedicht. Und Max Stirner?

Bei der Recherche nach Stirner'schen Artikeln bzw. Artikel über ihn stieß ich auf die in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts erschienenen Zeitung "Die Eisenbahn. Ein Unterhaltungsblatt für die gebildete Welt" (V. Jg. 1842; No. 58, 73, 79, 96, 102, 116, p. 1) auf Gedichte, die mit "G. Edward" unterzeichnet waren.

Wer sich mit Stirner etwas auskennt, weiß um die Meinungsverschiedenheiten, ob jener mit diesem identisch sei. Rekapitulieren wir also ganz kurz die auseinandergehenden Auffassungen darüber:

Im Jahre 1847 erschien in der Zeitschrift "Epigonen" ein mit G. Edward unterzeichneter Artikel "Die philosophischen Reaktionäre. 'Die modernen Sophisten von Kuno Fischer.'"[1] Dieser Artikel galt der unbedeutenden "Kritik" Fischers an Stirners "Einzigem". In einem Brief Arnold Ruges an Kuno Fischer steht: "... Rößler hat Ihnen Stirners Antwort gebracht",[2] womit er den mit G. Edward unterzeichneten meint. Dazu gibt es eine vom Herausgeber Paul Nerrlich geschriebene Fußnote: "Im 4. Bande der Epigonen (S. 141ff.) erschien unter der Überschrift 'Die philosophischen Reaktionäre' eine mit 'G. Edward' unterzeichnete Polemik wider 'Die modernen Sophisten von Kuno Fischer'."[3]

Arnold Ruge, Kuno Fischer und Paul Nerrlich hatten keinerlei Zweifel an der wahren Autorenschaft in Gestalt Max Stirners.

Nicht Zweifel, sondern rigoroses Zurückweisen einer solchen Identität kommt von Hermann Schultheiß: "Indessen kann für einen, der Stirners Arbeit und Stil genauer kennt, kein Zweifel walten. Der Artikel ist nicht von Stirner. Höchstwahrscheinlich ist es, daß er mit Stirners Wissen und gedanklich unter seiner Ägide geschrieben ist."[4]

Diese Rigorosität relativierend, schreibt John Henry Mackay: "Ob sie [die mit G. Edward unterzeichnete Antwort an Kuno Fischer, d. A.] aus Stirner's Feder stammt, kann mit voller Sicherheit nicht behauptet werden, jedoch ist es mehr als wahrscheinlich. Kuno Fischer nimmt ohne Weiteres G. Edward für Stirner und dieser hat der Annahme nie widersprochen."[5]

1 Die Epigonen. Vierter Band. Leipzig (Otto Wigand) 1847, pp. 141-151.

2 Arnold Ruge: Briefwechsel und Tagebuchblätter aus den Jahren 1825-1880. Hrsg. v. Paul Nerrlich. 2 Bände. (Weidmann) Berlin 1886, Band 1, p. 429.

3 Ebd.

4 Hermann Schultheiß: Stirner. Grundlagen zum Verständnis des Werkes „Der Einzige und sein Eigentum". Hrsg. v. Richard Dedo. 2. Aufl. (Felix Meiner) Leipzig 1922, p. 23

5 Max Stirner: Kleinere Schriften und seine Entgegnungen auf die Kritik seines Werkes „Der Einzige und

Bernd Kast selbst kann sich nicht entscheiden ob seiner Zweifel. So bemüht er sich auf einigen Seiten um den Nachweis, daß Edward und Stirner nicht ein und dieselbe Person sein können und führt "stilistische und inhaltliche Gründe" an, die "nicht oder nur mit großen Vorbehalten für eine solche Verfasserschaft geltend gemacht werden"[1] können, wobei der Edward’sche Artikel "ein matter Abglanz dessen (sei), was Stirner im 'Einzigen' geschrieben hatte."[2] ABER: "es gibt ... auch Stellen, die Zweifel an der Berechtigung dieser [seiner, d. A.] Zweifel aufkommen lassen, so wenn Edward den 'Spielball Deiner fixen Idee' und die "objectiven Mächte der Welt", eine sublime Gesellschaft' thematisiert."[3]

Auch Bernd A. Laska hat große Zweifel ob der Identität von Stirner und G. Edward. Hier teilt er die Kastschen Bedenken, geht aber nicht auf die Kastschen Zweifel der Kastschen Zweifel ein. Laska verweist dafür zusätzlich auf den "letzten Absatz [des Edwardschen Aufsatzes, d. A.], in dem 'Edward' auf das Buch 'Verstandesthum und Individuum' zu sprechen kommt. Der anonyme Autor dieses 1846 erschienenen Buchs, der junge protestantische Theologe Karl Schmidt, hatte Stirner u.a. vorgworfen: "Der Einzige steht mit seinen Gegnern auf demselben Boden. Er ist so gut wie dieser Idealist. Er schwelgt in seinem Ideale und träumt darum auch konsequent von einer Welt voll Egoisten, die da kommen soll." Der Einwand zielt auf eine, besser: auf die grundsätzliche Ambiguität im Zentrum des Stirnerschen Denkens. (...) Stirner wäre als Autor der Replik wohl kaum so salopp über diesen Einwand hinweggegangen wie 'Edward'. Wahrscheinlicher ist, daß er, da er ihn nicht zu parieren wußte, nach 'Rezensenten Stirners' keine zweite Replik mehr geschrieben hat."[4] Dieser Einwand gegen die Identität von Stirner und G. Edward ist so evident (aber er beweist nichts!) im Vergleich zu den Kastschen Zweifeln, daß es doch wundert, daß Laska diesen umstrittenen Artikel in die "Parerga. Kritiken. Repliken" aufnahm (pp. 207-222). Und ob Stirner wirklich nicht die Kritk von Karl Schmidt zu parieren wußte, wie Laska vermutet, ist anzuzweifeln. Stirner war schon zu abgeklärt in bezug auf die Kritiken an seinen "Einzigen", als das er über jeden Stock springen wollte, die man ihm zwischen die Beine warf. Interessant ist aber, daß Stirner seit dem Edwardschen Artikel nicht mehr auf Kritiken an seinem "Einzigen" reagierte, sondern sich auf andere Themen

---

sein Eigentum“. Faksimile-Nachdruck der 2. Aufl. Berlin 1914. Hrsg. v. John Henry Mackay. (frommann-holzboog) Stuttgart - Bad Cannstatt 1976, pp. 398/399

1 Bernd Kast: Die Thematik des „Eigners“ in der Philosophie Max Stirners. Sein Beitrag zur Radikalisierung der anthropologischen Fragestellung. Abhandlungen zur Philosophie, Psychologie und Pädagogik, Band 137. (Bouvier Verlag Herbert Grundmann) Bonn 1979, p. 427

2 Ebd., p. 433

3 Ebd., p. 431

4 Parerga. Kritiken. Repliken. (LSR-Verlag) Nürnberg 1986, pp. 225/226

stürzte, die u.a. im "Journal des österreichischen Lloyd" erschienen.

Das zur Rekapitulation. Jetzt muß die Frage erlaubt sein, warum - eingedenk der Kastschen und Laskaschen Bedenken - Stirner die Autorenschaft nie bestritt. Daran sei die Frage angeschlossen, ob der Edwardsche Artikel wirklich ein matter Abglanz dessen sei, was Stirner in seinem "Einzigen" schrieb - auch und gerade eingedenk der Schultheiß'schen Vermutung, dieser Artikel könne zwar von eben jenem Edward verfaßt sein, aber doch "mit Stirners Wissen und gedanklich unter seiner Ägide geschrieben ...".(4)

In der Beurteilung der Gedichte darf nicht die Meßlatte "Max Stirner 'Der Einzige und sein Eigenthum' (1844)" angelegt werden, sondern Max Stirner von 1842! Also jener Zeitraum, als Max Stirner begann, sich in die Publizistik seiner Zeit einzubringen und mit seinen Beiträgen zur Radikalisierung des öffentlichen, des philosophischen Lebens beizutragen.

Wie dem auch sei: besagte Gedichte halte ich von Max Stirner unter dem Pseudonym "G. Edward" verfaßt. Eine genauere Bewertung der Gedichte und der Versuch eines Nachweises meiner Feststellung kann hier nicht geliefert werden (das muß einem gesonderten Artikel vorbehalten bleiben), denn das würde den vorliegenden Rahmen sprengen.

Die Gedichte G. Edwards alias Max Stirners werden kaum etwas an unserem Wissen zur Stirnerschen Philosphie ändern. Sie zeigen uns aber eine neue, bisher unbeachtet gebliebene Facette im Leben und in der Persönlichkeit des Johann Kaspar Schmidt, der sich mit dem Namen Max Stirner unsterblich in die Geschichte des radikalsten Denkens überhaupt einschrieb!

[Es folgen zwei der insgesamt sechs Gedichte. Interessenten schicken wir gerne die restlichen Gedichte zu. Die Red.]

G. Edward: Gedichte.

Neue Bauten.

Maurergeselle,

Was regst Du die Kelle?

Wohl wird's ein Lustgebaeude sein?

Ich seh', Du legst nicht große Massen ein.
"Ein Harem wird's für schoene Frau'n;

Wir bau'n, den Herren zu erbau'n."

Maurergeselle,

Was regst Du die Kelle?

Wie ungern fuegt sich finstres Felsgestein?

Wer wird Bewohner dieses Hauses sein?
"Der Finsterniß ein finstres Haus;

Bald gehn hier Kutten ein und aus."

Maurergeselle,

Was regst Du die Kelle?

Wie sind des Hauses Augen eng und klein?

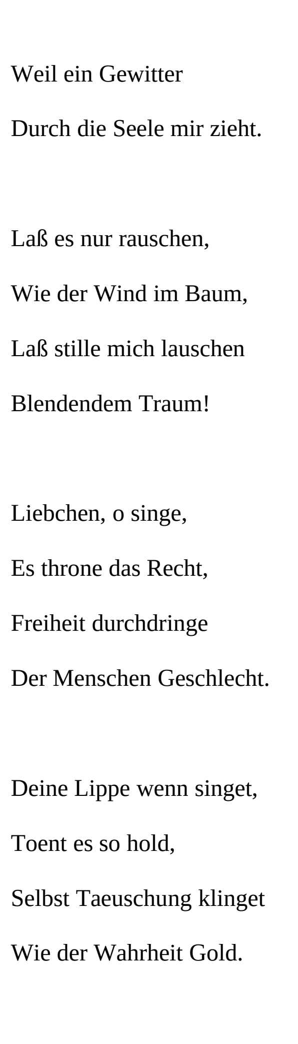
Kaum schluepfen kann geschmeidige Lust hinein.
"Dem freien Wort, dem kuehnen Aar,

Bau'n wir hier eine Todtenbahr."

An die Geliebte.

Komm, nimm die Zither,

Sing mir ein Lied!



Weil ein Gewitter

Durch die Seele mir zieht.

Laß es nur rauschen,

Wie der Wind im Baum,

Laß stille mich lauschen

Blendendem Traum!

Liebchen, o singe,

Es throne das Recht,

Freiheit durchdringe

Der Menschen Geschlecht.

Deine Lippe wenn singet,

Toent es so hold,

Selbst Taeuschung klinget

Wie der Wahrheit Gold.

Schlaglichter

Der kostspielige Aufsichtsrat in den Konzernen

Frank Teichmüller, Beziksleiter der IG Metall Küste, stellvertretener Aufsichts-ratsvorsitzender der Bremer Vulkan Verbund AG, sowie Mitglied im Aufsichtsrat der Daimler-Tochter Airbus und der Werft Blohm + Voss, fühlte sich in einem Interview mit dem "Hamburger Abendblatt" nicht als Versager und betonte, daß er sich frei von

jeder Schuld fühle. Freilich machte er da Aussagen, die daran zweifeln lassen, ob er willens und befähigt war, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten und wahrzunehmen.

Nichts entzieht sich der Berechnung. Als die NEUE HEIMAT bereits zig Milliarden DM Schulden hatte, merkten es die Aufsichtsräte der Gewerkschaften nicht und erfuhren diese Neuigkeit aus einem Bericht des Hamburger Nachrichten Magazins "Der Spiegel".
Nach Teichmüller sollte sich etwas ändern, eine bessere Ausbildung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat (Teichmüller ist Jurist und sollte sich in den Bilanzen sowie in einer Gewinn- und Verlustrechnung eigentlich auskennen), aber wir meinen, daß sich da viel mehr ändern und verändern muß.
Auch wenn sich zunächst die Betriebsräte stärker einschalten sollten, in dem sie vom Aufsichtsrat Rechenschaft über seine Tätigkeit verlangen, selbst die Wirtschaftsberichte, Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen einsehen, bleibt die Notwendigkeit, daß die Arbeitnehmer ihre Interessen im Betrieb unabhängig von "betriebsfremden Personen" vertreten und, daß endlich eine Diskussion darüber geführt wird, wie Unternehmen dieser Art sowie "marktbeherrschende Konzerne" von den Beschäftigten verwaltet werden.

Geld zum Fenster rausgeschmissen

Seit 1982 sind aus den Kabinetten von Bundeskanzler Kohl 15 Minister ausgeschieden und haben über 15 Millionen D-Mark an Pensionen und Übergangsgeldern erhlten. Um üppige Pensionen zu erhalten genügt eine Amtszeit von knapp zwei Jahren.

Jedes bisher bekannte Steuersystem ist ungerecht

Wenn der Staat "Finanzlücken" decken will, lassen sich die Politiker alles mögliche einfallen, um an das Geld der Bürger zu kommen. Die Frage, wozu und für welche Zwecke "Abgaben und Steuern" verwendet werden, wagt kein Mensch mehr zu stellen. Eine wahrhaft gelungene geistige Manipulation! In der Zeitschrift "Libertas", Nr. 6, 1888, war zu lesen:
"Jedes bisher bekannte Steuersystem ist ungerecht, weil es sich auf den Zwang begründet. Die zufällig Herrschenden haben es in ihrer Gewalt, jedes Individuum durch die Steuerschraube seines Eigentums zu berauben oder das ganze Eigentum des Volkes zu konfiszieren, sei es zur Bezahlung von Staatsschulden, Gründung von Monopolen [sie heute "Energiewirtschaft", Kernkraftwerke. Anm. U.T.] oder zur Bereicherung einzelner privilegierten Familien. Es gibt darum keinen Menschen, der die Zwangssteuer gerne bezahlt. Jeder sucht die Bezahlung der Steuern zu umgehen [heute Existenzgrundlage der "Steuerberater". Anm. U.T], weil sie in allen Fällen ein Raub sind, wodurch ein Teil der Arbeit des Volkes, wenn nicht die ganze, oder die Arbeit künftiger Geschlechter mit Beschlag belegt wird. Wo die Steuer nicht zu umgehen ist, wird sie stets von den Reichen auf die Unbemittelten, von den Starken auf die Schwachen abgewälzt.. Nur freiwillige Besteuerung zu "gemeinsamen Zwecken" hat

Sinn unter freien Menschen.

U.T.

ESPERO im Trend - ab April sind wir im Internet

In Berlin hat sich eine Gruppe von Linksradikalen und Basisdemokraten zusammengeschlossen, um Gegenöffenftlichkeit in dem sich immer weiter ausbreitenden Internet, als Anbieter zu verbreiten. Die Gruppe nennt sich TREND. Auch ESPERO wird hier neben aktuellen Meldungen zu politischen Themen und Terminen vertreten sein. Die neuen Medien sind natürlich auch für uns interessant, und wir hoffen damit auch einen neuen LeserInnenkreis zu erschließen

Zur Zeit ist es allerdings noch nicht möglich ESPERO im Internet anzusprechen, bzw. anzuschreiben, da die Leute von TREND nicht die Zeit haben, um für so viel verschiedene Gruppen etc. die e-mail-Nachrichten zu sortieren und weiterzuleiten, aber wir arbeiten daran einen eigenen e-mail-Anschluß zu bekommen.

Erstmal betrachten wir dieses Projekt für uns als ein Experimet. TREND registriert die Anzahl derjenigen, die sich für ESPERO interessieren.

Wir wünschen diesem Projekt natürlich viel Glück.

Die Adresse lautet:
http://ourworld.compuserve.com:80/homepages/trend/

J.K.

44789 Bochum

Jochen Knoblauch

Am 8. März sind - Alle Soldaten sind Mörder!

Einige Gedankensprünge

Berlin, den 8. März 1996

Heute haben wir den Internationalen Frauentag, der nun zum 85. Male jährt. Frauen verdienen heute immernoch im Schnitt 30% weniger als ihre männlichen Kollegen, die ca. 200 - 400 000 Prostituierten in Deutschland haben immer noch keine Annerkennung und keine Krankenversicherung usw. Chauvinismus steht heute immernoch auf der Tagesordnung - auch in der sog. Linken Szene. Ein Altgenosse schrieb mal in einem Brief, daß die anarchistischen Bewegung solange im Nichts versinkt, solange die Frauen in der Bewegung unterrepräsentiert sind. Auch wenn wir von der Gleichheit Aller ausgehen, so fehlt doch der Anarchie die Weiblichkeit. Hinter den meisten aktiven Anarchisten steht oftmals auch eine Frau, die die "Dinge des Lebens" bewerkstelligt (Grüße an dieser Stelle besonders an Irmgard, Anne und die anderen), weil Anarchie und Alltag doch schwer vereinbar sind, und so ganz "nebenbei" werden unsere Kinder Erwachsen. Wen interessiert es schon was Bakunin, Stirner etc. sagt, wenn sich der Abwasch türmt?

Im gemeinsamen Frühstücksfernsehen von ARD u. ZDF wurde berichtet, daß heute der Bundestag über ein Gesetz beraten will, was den Ausspruch "(Alle) Soldaten sind Mörder" mit bis zu drei Jahren Haft bestrafen will. Zu diesem Anlaß wurden die ZuschauerInnen aufgeforderet sich per Fax zu diesem Thema zu äußern. Dem Chaos in unserer Gesellschaft entsprechend wurden auch Faxe verlesen, die neben Kontra auch Gedankengänge produzierten die alles auf den Kopf stellen, wie: Wir haben doch keine potentiellen Mörder geboren, oder: Die Feuerwehr ist doch auch kein potentieller

Brandstifter, oder noch schärfer: Soldaten haben schließlich Auschwitz befreit und sind heute als Friedentruppen in Ex-Jugoslawien.
In Zeiten, wo Die Grünen ihren Pazifismus der Machtgeilheit opfern, verwundern solche Aussagen wenig.
Wozu wird ein Soldat ausgebildet? Zum Taubenzüchten? Nein, er wird ausgebildet zu Töten, zu Vernichten - und wenn es ein potentieller Angreifer ist. Daß die Armee der DDR aufgelöst wurde war folgerichtig, aber wer stellte die Bundeswehr in Frage? Die Auflösung hatte zu Folge, daß Deutschland zu einem der größten Waffenexporteure aufstieg. Auch das ist die zynischen Logik dieses Systems: Ich exportiere Waffen, und schicke die "Friedenstruppe gleich hinterher.
Und von wem fühlen wir uns denn bedroht? Glaubt ersthaft jemand daran, daß die Polen in Berlin einmarschieren wollen? Gegen wen gilt es sich denn zu verteidigen, zumal in Zeiten von Langstreckenraketen und einem atomaren (männlichkeits-) Potential, welches ausreichen würde, die Erde mehrfach zu vernichten, als ob nicht einmal ausreichen würde.
Nein, wer zur Bundeswehr geht - ob als Wehrdienstleistender oder Berufssoldat - muß sich als potentieller Mörder betiteln lassen. Ein Soldat, der nicht bereit ist zu töten, wäre auch kein Soldat, und zwischen dem zivielen Töten und dem staatlich angeordneten Töten darf es moralisch keinen Unterschied geben.
Ich bin kein verfechter der Gewaltlosigkeit. Jeder Mensch muß sich für sein Handeln verantworten können. Den Soldaten soll diese Verantwortung durch den Befehl genommen werden, d.h. sie sollen Verantwortungs-los handeln, und das kann kein selbstständig denkender Mensch hinnehmen.
Soldaten haben Auschwitz befreit, daß ist richtig, aber es waren auch Soldaten, die diesen Ort des Schreckens erst haben entstehen lassen. Und es waren Soldaten, die aus militärischen Erwägungen Auschwitz, bzw. die Logistik, nicht angegriffen haben, und somit auch dazu beigetragen haben, daß viele Zivilisten einen unsinnigen Tod erlitten.
Frauen gebären keine potentiellen Mörder, aber auch keine Friedensengel. Sie gebären auch keine Vergewaltiger, aber Männer, die, wenn sie unfähig sind für sich selbst Verantwortung zu übernehmen, und das Menschenleben zu achten, sind sie schnell eine Beute ihres - scheinbar - unbegrenzten Männlichkeitswahns.
Zur Ironie des Schicksal gehört es auch, daß der Wehrdienst nicht abgeschafft werden kann, weil sonst die sozialen Dienste der Wehrdienstverweigerer - die im übrigen den höheren Anteil inzwischen ausmachen - zu einem Chaos im sozialen Bereich werden würde. Denn Dank der Wehrdienstverweigerer kann sich dierer Staat doch nur sozial nennen, und die Drückeberger, die zum Bund gehen, müßen sich mit Alkohol- und anderen Drogenproblemen rumschlagen.
Sollte dieser Spruch "Alle Soldaten sind Mörder" ein Straftatbestand werden, müßen wir diesen Spruch an jede Wand schreiben!
Frauen, ihr seid bisher nicht gut von euren Männern behandelt worden (im Allgemeinen betrachtet), und immer wenn "Not am Mann" war, wurdet ihr als LückenbüßerInnen mißbraucht. Macht Eure Söhne nicht zu Soldaten, hängt ihnen lieber eine Schürze um, und laßt sie den Abwasch machen, und die Welt wird es euch

danken.

ESPERO-Sonderheft Nr. 2 erscheint in Kürze:

Alfredo Bonanno

Max Stirner und der Anarchismus

(in deutscher Erstüberstzung)

ISBN 3-905052-61-X

ca. 36 S / 6,-- DM (+ 1,50 DM Porto in Schein/Briefmarken) Bezug über alle ESPERO-Redaktionen

WiederverkäuferInnen wenden sich an:

Anares Bern * Rathausgasse 28 * CH - 3000 Bern 8

Uwe Timm
Arbeitslosigkeit - kein unabwendbares Schicksal!

Daß es für Menschen keine Arbeit gibt, man Arbeit verteilen müsse, ist ein schlichtes Märchen. Vielmehr gibt es in vielen Bereichen sehr viel zu tun und dieses besonders in den Städten, Gemeinden und Kommunen, die immer stärker von den "Sparmaßnahmen" betroffen sind. Hamburg steht hier also nur für ein Beispiel. Der Gürtel soll enger geschnallt werden, wie überall in Deutschland. Entweder werden die Kapitalerträge gekürzt, staatliche Privilegien abgebaut oder es wird erhebliche Reduzierungen bei den sozialen Leistungen geben. Kürzung der Arbeitslosenhilfe, weniger Arbeitslosengeld, geringere Sozialhilfe, angepaßte Renten und eben auch Einschränkungen in den Gemeinden, weil das Geld fehlt. Einen anderen Weg gibt es nicht. Wer den Kapitalismus behalten will, muß ihn auch bezahlen.
Unbestreitbar besitzen die Sozialdemokraten in Hamburg politische Macht, aber in ihrem Haushalt, den sie für 1996 verabschiedet haben, findet sich als größter Posten die "Allgemeine Finanzverwaltung" und das mit einem Betrag von über 4 Milliarden D-Mark. Das ist der größte Brocken, weil sich dahinter das Geld für die Zinszahlungen und die Pensionen der Staatsbediensteten verbirgt. Hier fehlt einerseits der Stadt das Geld für umweltfreundliche Arbeitsplätze und zugleich tragen diese Sozialdemokraten,

die für mehr als 30 Milliarden D-Mark Schulden verantwortlich sind, die Verantwortung dafür, daß sich die Geldvermögen bei den Anlegern permanent erhöhen, während die Armen ärmer werden. Die Kosten der Arbeitslosigkeit beliefen sich in Hamburg im Jahre 1995 einschließlich der Arbeitslosenhilfe auf rund 1,3 Millarden D-Mark für ca. 78 000 arbeitslose Menschen, aber für die Kapitalverzinsung werden jährlich mehr als 2 Milliarden D-Mark aufgewendet und bedingt durch die weiter steigende Verschuldung werden diese "Kapitaldienste" immer aufwendiger. Da fehlt das Geld für öffentliche Einrichtungen, Schulen, Kindergärten, Bücherhallen, Schwimmhallen, Straßenbau, selbst für die Sanierung von Krankenhäusern, dem Kampf gegen die wachsende Armut in den Stadtteilen, weil Personal eingespart, notwendige Aufträge an die Wirtschaft reduziert oder gar nicht mehr erteilt werden.
Und die Bundesregierung gibt heute schon rund ein Viertel der jährlichen Steuereinnahmen nur für Zinsen aus und im Saarland, wo ja der Sozialdemokrat Lafontaine amtiert, sind es bereits 30% der Staatseinnahmen. Und Sozialdemokraten wie Lafontaine, Voscherau und Schröder, allesamt Schuldenkönige in ihren Bundesländern, sind auch noch der Meinung, daß der Staat seine Schulden noch erhöhen sollte, und ein Bürgermeister wie Voscherau, der nun wahrhaftig nicht "zu wirtschaften" verstand, sieht sich in der BRD schon als "Finanzminister". Er nannte das Bündnis für Arbeit eine "schicksalhafte Herausforderung"; richtete einen Appel an Opfer- und Gemeinsinn der Bürger. Alles nur schlicht Phrasen, und dieses empfand ein Abgeordneter der CDU als hohle Worte, ein Vertreter der GAL als dümmlich. Freilich kamen auch von diesen Herren keine konkreten Vorschläge und in dem sie sich auf die üblichen Platitüden beschränkten, Lohnnebenkosten senken, Mehrarbeit verbieten, ließen sie auch keinen ökonomischen Sachverstand erkennen.
Kein Geld für eine Umstrukturierung der Arbeit, aber sehr viel Geld für das Kapital. Jede Verschuldung erhöht das arbeitslose Einkommen für die "Kapitalanleger", und immer weniger Geld steht für eine sinnvolle, sowie ökologisch notwendige Arbeit zur Verfügung. Von den 758.200 Beschäftigten in der Stadt Hamburg sind 566.200 im Dienstleistungsbereich, nur noch 189.200 im produzierenden Gewerbe tätig. Für das Handwerk gäbe es Arbeit genug, allein schon in den Stadtteilen die wegen ihrer schlechten Infrastruktur keinen guten Ruf besitzen und in denen jede "Sanierung" dienlich wäre, um der weiteren Verslumung entgegenzuarbeiten.
Die Idee von Keynes (defizit-spending), nämlich mittels staatlicher Schulden Investitionen zu bewirken, ist untauglich - denn der Staat ist bereits pleite. Die Politiker, daran gewöhnt das Geld anderer Leute auszugeben, können sich dennoch glücklich schätzen, denn niemand kann sie zur Verantwortung ziehen; besteht doch ihr einziges Risiko darin, früher oder später eine üppige Pension zu verzehren.
Derweilen schlagen die Politiker der staatstragenden Parteien, wozu sich noch die Gewerkschaftler gesellen, Purzelbäume in einer nicht mehr zu überbietenden Naivität und preisen eine Mogelpackung nach der anderen einem staunenden Publikum an. Kürzung der Sozialausgaben, wobei dann noch geflissentlich übersehen wird, daß jene, die Arbeitslosengeld oder eine Rente beziehen, dafür selbst ihre Beiträge leisteten und somit keine Sozialleistung (Steuern) in Anspruch nehmen. Bündnis für Arbeit, auch ein

Schlagwort, wohinter sich die Profilisierungssucht einiger Gewerkschaftsfunktionäre verbirgt, getrieben von den Ängsten, ihren Mitgliedern, die immer weniger werden, aufbauende Worte und blumige Parolen anzubieten. Nullrunden sind angesagt, aber nicht für das Kapital, sondern für die Arbeitslosen, Arbeitnehmer und Rentner. Auch Lohnverzicht der Arbeitnehmer in den "Marktbeherrschenden Konzernen", die für ihre Aktionäre ständig die Dividenden erhöhen, dürfte kaum ein Beitrag zur Sicherheit der Arbeitsplätze sein. Mit niedrigen Löhnen, Vereinbarungen unterhalb der tariflich abgesicherten Einkommen, lassen sich zwar Arbeitsplätze sichern, aber bei diesem Weg bleiben die betroffenen Menschen im Bereich der Armut. Es gibt steigende Gewinne bei Siemens, zugleich Personalabbau, aber auch die Konzerne sind auf das Rad des Kapitalismus geflochten, erwirtschaften Kapitalerträge, geraten auch in rote Zahlen (AEG) oder lassen Geld arbeiten, Belegschaften darben.
Der Standort Deutschland bietet für viele Unternehmen, ausländische Investoren, immer noch, und daran wird sich kaum etwas ändern, immense Vorteile: Preisstabilität, niedrige Inflationsraten, eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft, brave Gewerkschaften.
Aber die Mehrheit der Arbeitnehmer arbeitet nicht in den "gewinnträchtigen Konzernen", sondern in den mittelständischen Betrieben, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich. Staatliche Kosten (Zwangsversicherungen), ständig steigende Steuern sowie Kapitalkosten für Kredite, das sind die Hauptbelastungen in der Wirtschaft und diese "Belastungen" führen zwangsläufig dazu, daß in den Betrieben rationalisiert wird, um über Personaleinsparungen die Kosten zu senken. Wer also eine Massenarbeitslosigkeit verringern oder vermeiden will, muß Zielsetzungen vertreten, die die Arbeit von den Kapitalkosten sowie den ständig steigenden Steuern / Abgaben entlastet. Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus und von staatlichen Interventionen, nur so läßt sich das Problem "Erwerbslosigkeit" lösen.
Unsere Forderung, daß Geld ein "Tauschmittel" ohne Wucher sein soll, findet immer mehr Verständnis und Zustimmung, auch wenn die Wege zu einem Geld, das der Wirtschaft dient, diese nicht ausbeutet, durchaus noch in der Diskussion stehen. Die Möglichkeit zu nutzen, Dienstleistungen und Produkte über eine eigene interne Verrechnung zu tauschen, wird über Talent-Experimente verstärkt wahrgenommen und zeigt, daß Alternativen dieser Art eine Bedeutung besitzen. Diese liegt allein schon in der Bewußtwerdung der Geld- und Bodenproblematik. In der Geld- und Bodenfrage können wir auf eine libertäre Tradition der Kritik am Kapitalismus verweisen, auch wenn diese zeitweilig verschüttet war.
Daß die Volkswirtschaften vom Geldmonopol, der staatlichen Währungspolitik (Diskont) abhängig sind, es auch nichts nützt, wenn die Menschen auf der Straße gegen den Sozialabbau protestieren, sollte auch jene zum Nachdenken bringen, die sich vor dieser Thematik fürchten. Das Vorurteil, Sozialisten und Marxisten verstehen nichts vom Geld, findet noch immer seine Bestätigung. Nach P.J. Proudhon wissen sie immer noch nicht, wie sie das Kapital fassen wollen und stehen davor, wie eine blutdürstende Meute vor einem Stachelschwein. Daß sich Staat und Wirtschaft in der Schuldenfalle (Zinsfalle) befinden, ist eine Tatsache, die z.B. Marxisten nicht begreifen können, weil für sie dieses Problem irrelevant ist und sie daher die Verzinsung (Profit) als nicht

existent betrachten. Das ist auch ein Grund dafür, weshalb die wachsenden Ansprüche des Geldkapitals, die das Arbeitseinkommen schmälern, kritiklos hingenommen werden.
Ein Sozialdemokrat, Wissenschaftler, der nicht genannt werden möchte, schrieb uns u.a.: "Daß die Deflationspolitik eines der Übel von 1929 war, daß sie auch heute verheerend wirken müßte, steht für mich außer Frage... Ihre Kritik an der SPD ist teilweise wohl berechtigt. Insbesondere fehlt eine wirtschaftspolitisch brauchbare Konzeption. Doch sehe ich gerade am Versuch, den Sozialstaat zu retten, eine der wichtigsten politischen Funktionen der SPD in der gegenwärtigen Lage..."
Auch stellt er die Frage: "Wieso soll eine Staatsquote von mehr als 50% die Bürger entmündigen?" Mit dieser These fand sich dieser Sozialdemokrat sogar in Übereinstimmung mit einem Libertären, der für eine staatliche Sicherung plädierte, in dem er sagt: "Die Aufgabe der Zwangsversicherung würde doch zunächst bedeuten, daß viele Menschen ihre soziale Absicherung verlieren, da ihnen das Geld zur Eigensicherung fehlt. Es fehlt ihnen deshalb, weil der Arbeitgeberanteil de facto wegfallen würde." Da aber der Staat das Geld der Bürger schlecht und teuer verwaltet, es auch für andere Interessen verwendet und veruntreut, sollte es eigentlich zum Verständis eines Libertären gehören, daß die arbeitenden Menschen über ihren eigenen Arbeitsertrag, ihr eigenes Geld, selbstbestimmt verfügen können. Weil der Staat überflüssige und nicht notwendige Kosten verursacht, haben auch schon Arbeitgeber erklärt, sie würden den Arbeitnehmern ihre Versicherungsbeiträge (einschließlich Arbeitgeberanteile) auszahlen, um ihren Beschäftigten die Möglichkeit der eigenen Nutzung zu bieten. Die staatliche Rentenversicherung leistet, weil der Staat diese für versicherungsfremde Zwecke verwendet (jährlich rund 30% der Rentenzahlungen = ca. 90 Milliarden D-Mark), keine besondere soziale Sicherung: Nach 45 Jahren Beiträgen bei einem durchschnittlichen Verdienst, ca. 1920,--DM Rente! Staatliche Abhängigkeit macht sich nicht bezahlt. Wenn ein Sozialdemokrat, selbst Nutznießer staatlicher Privilegien, die Meinung vertritt, er könne nicht verstehen, warum eine steigende Staatsquote die Bürger entmündigt, mag das noch verständlich sein, aber wem bewußt ist, daß der Staat damit weitgehend über das Einkommen der Bürger verfügt, er ihnen dieses nimmt und es auch für Zwecke verwenden kann (Rüstung, Atomkraftwerke z.B.), die für den Bürger schädlich sind, hat das wahre Wesen des Staates, nämlich eine Zwangsorganisation ohne jede andere Alternative, immer noch nicht verstanden. Und bestürzend ist es schon, wenn der Staat eine Legitimation und Akzeptanz erfährt, obwohl es sich hier um eine Institution handelt, die unter dem Deckmantel "sozialer Fürsorge" zunächst die arbeitenden Menschen bestiehlt, um ihnen dann scheinbar etwas zu schenken. Beim "sozialen Wohnungsbau" übernimmt der Staat die Zinszahlungen, aber die Wohngeldzuschüsse und Geldkosten müssen von den Bürgern zurückgezahlt werden, während sich die Kapitalanleger darauf verlassen können, daß ihre "Profite" außerhalb jeder Diskussion bleiben. Libertäre Kritik, wie ich sie verstehe, sollte weder die staatliche noch kapitalistische Ausbeutung, die ursächlich für die Eigentumslosigkeit und Arbeitslosigkeit verantwortlich ist, tabuisieren. Denn nicht der Markt, der Kapitalismus, der über den Kapitalzins die Wirtschaft (besonders die

Wohnungswirtschaft) mit "Kosten" belastet, ist ursächlich für die Arbeitslosigkeit und die Ausbeutung verantwortlich. Die Verschuldung von Bund und Ländern hat den Betrag von 2 Billionen D-Mark überschritten und diese müssen verzinst werden, wobei die Nettoneuverschuldung völlig für Zinszahlungen verbraucht wird.
Dabei sind die Bundesbürger durch Steuern, Abgaben und Schulden schon bis zum Überdruß belastet und anstatt über Alternativen nachzudenken, wird der Ruf nach staatlichen Maßnahmen laut und man möchte ein "staatliches System" verteidigen, das diese Situation verursacht hat.
Nehmen wir an, Banken würden der Stadt Hamburg eine Entschuldung gewähren, (nicht zu verwechseln mit Entschuldungen von Ländern der dritten Welt, denn da müssen die Steuerzahler, nicht die Kapitalanleger, die Zinsentlastungen bezahlen) etwa von 1000 Millionen D-Mark, und dieser Betrag ließe sich noch um eine weitere Milliarde erhöhen, Kürzung der überhöhten Staatspensionen, dann könnten sofort und unverzüglich 2 Milliarden DM für die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden. Verbesserung der Infrakstruktur in den Städten und Gemeinden, Wohnungen, Parks, öffentlicher Nahverkehr, Kläranlagen, Umweltschutzmaßnahmen, kurz in der Erhaltungswirtschaft, finden sich genügend Arbeitsplätze. Diese Arbeitsplätze "bezahlbar" machen, das wäre eine wichtige Voraussetzung zum Abbau der Arbeitslosigkeit.
In der Industrie werden sich die Arbeitsplätze noch verringern, weil sich Massenkonsumgüter mit immer weniger Menschen produzieren lassen, auch wenn es nie ganz ohne Menschen gehen wird. Diese Unternehmen benötigen MitarbeiterInnen mit einer ständig erhöhten Qualifikation, immer weniger Leute, die nur über eine einfache oder keine Ausbildung verfügen. Flexiblere Arbeitszeiten, weniger Überstunden, gegenseitige Vereinbarungen, können nur bedingt Arbeitsplätze sichern und nur wenige neue schaffen. Mit niedrigeren Löhnen, dem Verzicht auf soziale Ansprüche, der Kürzung vom Arbeitslosengeld, Reduzierung der Renten, mit diesen und weiteren "Sparmaßnahmen" läßt sich die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen, auch wenn durchaus einzuräumen ist, diese Schritte sind einer politischen Begrenzung auf etwa 3 Millionen Arbeitslose dienlich.
Zinssenkungen, wie sie gegenwärtig von der Bundesbank vorgenommen werden, führen längerfristig zu einer Entlastung, günstigere Hypotheken, geringere Schuldzinsen, aber das bleibt eine temporäre Maßnahme, zeigt nur die Abhängigkeit von den Maßnahmen der Bundesbank.
Wird die Existenz einer "Zweidrittel - Gesellschaft" stabilisiert, gehalten, wozu auch die Bewahrung der sozialen Abhängigkeit breiter Schichten gehört (Wählerpotential), werden sich in den europäischen Ländern tendenziell Entwicklungen abzeichnen, zu denen eine steigende Armut gehört, ebenso eine wachsende Kriminalität, aber es wäre illusorisch anzunehmen, es gäbe eine umfassende wirtschaftliche-soziale Katasprophe, die den Kapitalismus zum Scheitern bringt. Die Kooperation der Regierung mit den Parteien, den Gewerkschaften, besitzt nur einen Sinn, nämlich gemeinsam dafür zu sorgen, daß ein funktionierendes Integrationssystem erhalten bleibt und dazu gehört eine gewisse "soziale Befriedung" der benachteiligten Bevölkerungsschichten. Und das

ist unsere Kritik, ohne ein Wissen um eine libertäre Ökonomie, klare Zielsetzungen und Perspektiven, gibt es keine Realisierung einer herrschaftsfreien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.
Streikende Arbeitnehmer, protestierende Menschen, besitzen unsere Sympathie und unsere Solidarität, denn ihr Schicksal, das Los der Erwerbslosen, der Benachteiligten, ist uns nicht gleichgültig, aber wirkliche Erfolge lassen sich nur mit Alternativen erreichen, die zur Überwindung der Privilegien des Staates und des Kapitals führen.
Dazu gehört die Lösung der Geld/Bodenfrage, ebenso die Mit- bzw. Selbstbestimmung in den "Marktbeherrschenden Unternehmen", die Einbeziehung der Bürger bei der Verwendung ihrer "Beiträge und Steuern" (wozu auch das Recht auf eigene Alternativen gehört) sowie die ungehinderte Praktizierung von sozialen Experimenten.
Massenarbeitslosigkeit ist ein politisches Problem. Menschen, die in sich selbst keinen Halt mehr finden, deren Selbstwertgefühl zerbricht, finden nur noch schwer den Weg zur Freiheit: sie werden sehr leicht Opfer der politischen Verführung.
Auch wir wissen, daß sich das Leben auch ohne mühselige Arbeit bewältigen läßt (wenn man dazu die Möglichkeit hat), aber Arbeit besitzt für die Mehrheit der Menschen eine elementare Bedeutung der Selbstverwirklichung. Im Sinne von Thomas Mann: "Arbeit ist schwer, ist oft genug ein freudloses und mühseliges Stochern. Aber nicht arbeiten - das ist die Hölle."
Herrschaftsfreie Wirtschaft, eine vom Monopolismus befreite Marktwirtschaft, die allen die Möglichkeit bietet, sich den vollen Arbeitsertrag zu sichern, entsprechend den Bedürfnissen viel oder wenig zu arbeiten, ist der Weg zur Überwindung des Kapitalismus und der staatlichen Bevormundung.
Um es mit Mackay zu sagen: "Erhofft alles allein von euch selbst. Erwartet nichts von denen, die euch regieren. Der Staat ist unproduktiv. Er kann nur geben, was er vorher genommen hat." (aus: J.H. Mackay; Abrechnung. Berlin 1932)

CH - 3000 Bern 8

André Siegenthaler
SchuldnerInnen und Besitzlose aller Orte - Vereinigt Euch!

Nachstehend dokumentieren wir ungekürzt einen Text, den wir aus der Zeitschrift "Land und Freiheit" Nr 15 vom 26. Okt. `95 entnommen haben. Anschließend folgen Auszüge aus einem Interview mit Major Moises von der EZLN (Zapatistische (Aufstands)Armee zur Nationalen Befreiung) in "Land und Freiheit" Nr 18 vom 16. Jan. `96. Wir meinen, daß damit aufgezeigt wird, wie kraftvoll die neue soziale Bewegung sein wird, wenn sie fähig ist, alte Dogmen und überholte Ökonomieentwürfe wie z.B. Verstaatlichung zu überwinden. ESPERO ist dafür ein Diskussionsorgan. Schreibt Eure Meinungen dazu.

El Barzon - die Vereinigung der Schuldner hält das neoliberale Modell in Schach

Was haben der Gouverneur von Guanajuato, der Sänger Juan Gabriel, der bissige Schriftsteller Carlos Monsivais, einige Abgeordnete, Richter und Unternehmer mit einem Campesino eines Ejidos (Gemeindeland), einem fahrenden Händler, einem Arbeiter oder einem Fahrer eines Kleinbusses gemeinsam? Nun, alle sind verschuldet, ihre Kreditzahlungen haben sich vervielfacht, sie können sie nicht mehr bezahlen, und sie haben sich in El Barzon zusammengeschlossen, um sich dagegen zu verteidigen.
Selbstmorde, Pfändungen, Konkurse, die Vertreibung kleiner Landbesitzer von ihren wenigen Besitztümern sind die Bilanz der Wirtschaftskrise, die Mexiko seit Beginn des Jahres `95 durchläuft.
Im Januar 1995 wurde der Peso schlagartig abgewertet, sein Wert gegenüber dem

amerikanischen Dollar verringerte sich um die Hälfte. Laut Angaben der unabhängigen Gewerkschaften ist 50% der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitslos. Die Auslandschulden stiegen um 33% und gelten bereits jetzt als unbezahlbar.
El Barzon ist eine im Aufschwung befindliche mexikanische Bewegung, die, wenn sie weiter wächst, das ganze System lahm legen wird. Was wird passieren, wenn immer mehr Leute sich entschließen, ihre Schulden nicht zu zahlen?
Armando Herrera, Rechtsberater vom El Barzon, erklärt, daß die Regierung ihre Wirtschaftspolitik verändern müsse, wenn nicht "gibt es ein chinesisches Sprichwort: wenn du keinen Krieg willst, darfst du den leeren Geldbeutel meines Feindes nicht anrühren".
Mehr als 1,2 Millionen Familien haben sich in der größten radikalsten Vereinigung säumiger Zahler der Welt zusammengeschlossen. So fordern sie gemeinsam einen Erlaß der Schulden und klagen die Wirtschaftspolitik der Regierung als Verantwortliche für ihren wirtschaftlichen Ruin an. "Salinas und Zedillo (ehemaliger und jetziger Präsident) wollten nicht einsehen, daß das neoliberale System nur in Büchern und in Ländern der Ersten Welt funktioniert. Die Regierung trägt die absolute Verantwortung dafür, daß wir nicht zahlen können. Selbst wenn man den gesamten mexikanischen Geldumlauf aus dem Verkehr ziehen würde, könnten wir nicht die 252 Milliarden Neuer Pesos bezahlen, die wir an Zinsen und Kapital schulden", versichert Armando Herrero.
Die Parolen dieser Bewegung sind: "Verteidigung des Familienbesitzes", "Ich schulde, das stimmt, ich zahle, was sich gebührt". Ihr Vorschlag, den sie dem Präsidenten Zedillo vorgelegt haben, fordert eine gerechte Form, das Problem anzugehen: Der Schuldner bezahlt den geliehenen Betrag, aber die Zinszahlungen sollen zwischen den drei betroffenen Sektoren aufgeteilt werden: 40% die Banken, 45% die Regierung, 15% der Schuldner.
Fernando Navarra Huerta ist 57 Jahre alt, er war Angestellter einer Fluggesellschaft, aber verlor seine Arbeit. Er beantragte einen Kredit von 1000 Neuen Pesos bei der Bank Banamex. Heute schuldet er mit den normalen Zinsen und den Verzugszinsen fast 5000 Neue Pesos, das heißt fünfmal mehr als der geliehene Betrag. "Ich mußte mich entscheiden, entweder ich esse oder ich bezahle", versichert Fernando und erklärt, daß er Barzon seine Gelassenheit verdanke. "In Mexiko gibt es eine Reihe irregulärer Bankpraktiken, die darauf basieren, Verzugszinsen auf Zinsen zu berechnen, wenn die Fristen nicht eingehalten werden. Dies kann dazu führen, daß die Schuld innert eines Jahres den erhaltenen Kredit um ein Vierfaches übersteigt", enthüllt der Wirtschaftsanalytiker Jaime Sanchez in der Zeitung Reforma.
Dagegen handelt El Barzon mit seinen 850 Büros, die über die gesamte mexikanische Republik verstreut sind und in denen mehr als 800 Anwälte arbeiten, die alle, die mit Problemen zu ihnen kommen, juristisch beraten. Um sich der Organisation anzuschließen, braucht man lediglich eine Kopie des Kreditvertrages vorzulegen und an einer Informationsveranstaltung teilzunehmen.
Je nach Lage entwirft El Barzon die jeweilige Strategie: Strafanzeige gegen die Gläubiger, Einklagung von Urteilsaufhebungen, falls Verfahrensunregelmäßigkeiten

entdeckt worden sind... "oder, wenn wir nicht klagen, verteidigen wir immer den Familienbesitz", erzählt Armando Herrera. "Wir schicken dann 200 bis 300 Leute von uns und verhindern die Pfändung."
Das Unternehmen Aluminio Vasconia ist auch Barzonist und bankrott. Es wird befürchtet, daß die Gläubigerbank jederzeit alles beschlagnahmen kann. Deshalb bewachen 50 Barzonisten Tag und Nacht das Unternehmen. "Was wir von El Barzon machen, ist, die verzweifelten Leute zu kontrollieren, ohne die Rechtsstaatlichkeit zu verlassen. So hat es in unseren Reihen zum Beispiel keinen einzigen Selbstmord gegeben", erklärt Herrera. Das ist ein Sieg. Denn die Ohnmacht und Mutlosigkeit treibt viele Leute dazu, den Tod zu suchen. Es wird von 200 Selbstmorden im Jahre `95 gesprochen. Vor einer Woche steckte ein Mann seinen Laden in Brand. Er war verschuldet, und an diesem Tag sollten seine Güter gepfändet werden. Er verbrannte in den Flammen.
Wie der Anwalt Herrero versichert, stellt die Korruption im Verwaltungsapparat ein großes Problem dar: "Anwälte, Banken und Börsenspekulanten stecken mit den Richtern unter einer Decke und die Richter lassen sich zu Kassierer degradieren, denn sie werden dafür bezahlt bzw. sind selbst Schuldner..."
Die Drohungen erzeugen ein Klima psychologischer Spannung, die den bankrotten Schuldner in extreme Depressionen treiben können. Es ist nicht nur die Angst obdachlos zu werden, sondern auch die Androhungen mit Tod oder Entführung, die sich selbst gegen die Kinder richten: "Dein Vater ist ein Verbrecher, sag mir, wo er ist".
Wenn einem Barzonist seine Wohnung weggenommen wird, versinkt er nicht in Hoffnungslosigkeit, sondern er holt sich seine Wohnung mit Gewalt und der Hilfe von Hunderten von Gleichgestellten wieder zurück. Nicht umsonst ist das Wahrzeichen von El Barzon ein Traktor, der den Eindruck vermittelt, vor keinem Hindernis halt zu machen. Diese Vereinigung entstand nämlich vor zwei Jahren im Bundesstaat Jalisco aufgrund der kritischen Lage, in der sich die dortigen Campesinos befanden. Heute ist sie möglicherweise die Gruppe, die der Regierung die meisten Sorgen bereitet.
20 Tage bevor Zedillo seinen ersten Präsidentschaftsbericht vorlegte, empfing er Vertreter von El Barzon: Nach diesem Treffen veröffentlichte das Finanzministerium den Beschluß zur Soforthilfe für Bankschuldner, ADE, der eine bis in den Monat Dezember reichende juristische Feuerpause für die Schuldner vorsieht. Aber die Barzonisten waren über diese Maßnahme empört und bezeichneten sie als "populistisch, politisch, die nur den Banken und den Behörden Zeit gibt, das Problem zu vertagen".
El Barzon und andere unabhängige Organisationen werden zwischen dem 24. Okt. `95 und dem 24. Nov. `95 vor den Bankfilialen Unterschriftensammlungen zur Unterstützung ihrer "Alternativen Wirtschaftsstrategie für die Entwicklung von Mexiko" durchführen, die das herrschende neoliberale Modell überwinden soll. Sie rufen zu sozialen Mobilisierungen und zu einem Referendum auf. Dabei beziehen sie sich auf den Artikel 39 der Verfassung: "Die nationale Souveränität liegt wesentlich und ursprünglich beim Volk... Das Volk hat jederzeit das Recht, die Form seiner Regierung zu wechseln und zu verändern."

Sie drohen: Wenn Zedillo kein Abkommen über Einstellung der Verfahren gegen die Bankschuldner erreicht, werden sie zum zivilen Widerstand aufrufen und die Pfändung und den Raub ihrer Güter "bis zu den letzten Konsequenzen" zu verhindern wissen, kündigt die Zeitschrift Proceso an. Eine Delegation von El Barzon traf sich mit den Mitgliedern des Ejército Zapatista de Liberation Nacional (EZLN) in San Andrés Larrainzar.

Guiomar Rovira, San Cristobal
de las Casas

Interview mit Major Moises

(...)
FRAGE: Eine Hauptschwierigkeit der europäischen Companeros ist der nationalistische Diskurs der EZLN, ihr Nationalismus.
MOISES:
Nun, die europäische Situation unterscheidet sich von der mexikanischen. Was uns hier dazu bringt, das Bewußtsein auf nationaler Ebene zusammenzubringen, ist, daß die armen Mexikaner und selbst die kleineren und mittleren Gewerbetreibenden fühlen, daß das, was die Zapatisten wollen, auch für sie gilt. Als Beispiel für die letzteren steht El Barzon. Die Leute merken also, daß sie für ihr Land kämpfen müssen, um nicht unterzugehen. Und das wäre auch die Aufgabe der Zapatisten, die Einheit, das Bewußtsein zu erreichen, um diese nationalen Forderungen durchzusetzen.
(...)
FRAGE: Eine andere Frage, die sich viele europäische Companeros stellen, ist, daß euer Kampf wesentlich ein politischer Kampf ist und, daß ihr euch eigentlich nie zur Produktionsweise äussert. Es wird zwar die Landfrage gestellt, aber nie die nach anderen Produktionsverhältnissen.
MOISES:
Also wir haben dazu schon unsere Vorstellungen, wie es sein sollte. Aber das wichtigste für uns zur Zeit - und deshalb sagen wir auch, daß es nicht so sehr das Problem der Machtergreifung ist - ist die Neubestimmung der politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Funktion. Denn in unserem Land ist es so, daß die politische Planung nicht für das Land ist, sondern daß es sich nur um eine Politik für die Machtgruppe handelt, deren einzige Bemühungen darauf gerichtet sind, an der Macht zu bleiben. Es ist also keine wirkliche Politik für das mexikanische Volk. Das gleiche gilt für die Wirtschaftspolitik. Es gibt zwar Wirtschaftspläne, aber es sind ab-

hängige und keine unabhängigen Pläne. Das Problem ist also, daß wir zuerst eine politische, ideologische und wirtschaftliche Unabhängigkeit brauchen, und danach kann das Land so funktionieren, wie es das mexikanische Volk will.

FRAGE: Und ihr seht eine Möglichkeit der wirtschaftlichen, politisch-militärischen Unabhängigkeit?

MOISES:

Nun, solange das System besteht, in dem wir leben, wird das so weitergehen. Aber genau das ist unser Kampf und es wird zwangsläufig zu einer Veränderung kommen müssen. In jedem Fall müssen wir eine Form finden, um zur Unabhängigkeit zu kommen.

FRAGE: Die politische Unabhängkeit wäre nur auf Grundlage der Selbstverwaltung möglich?

MOISES:

Ja natürlich. Deshalb sagen wir auch, daß wir eine Regierung brauchen, die "gehorchend befiehlt". Denn, wenn dem nicht so ist, tauchen die Probleme auf, dann werden die Sachen, die gemacht werden, aufgezwungen.

FRAGE:

Noch einmal eine Frage bezüglich des Eigentums. Könnt ihr euch eine Gesellschaft vorstellen, in der einerseits das Land sich in Gemeinschaftseigentum befindet und andererseits eine kapitalistische Produktionsweise vorherrscht? Das ginge doch nur bei einer sozialistischen Produktionsweise?

MOISES:

Ich weiß nicht, ob es eine sozialistische Produktionsweise sein muß oder eine andere. Es muß auf jeden Fall bei dieser Produktionsweise ein gleicher Austausch stattfinden. Also, daß die bestehende Produktionsweise beseitigt wird, denn in unserem Land gibt es keinen gleichen Austausch. Der Austausch ist Plünderung, Raub, Betrug. Wir meinen, daß die Bauern, die das Land bestellen, und die Arbeiter, die in der Fabrik arbeiten, auch die Besitzer des Landes und der Fabrik sein müssen. Die Bauern werden bestimmen, wie sie das Land bearbeiten, und zwar auf eine Weise, daß es zu einem gleichen Austausch kommt. Nachdem also die heutigen Produktionsweisen verändert worden sind, wird sich die Frage stellen, wie man diese neue Form des Produzierens organisieren kann. Zur Zeit geht es darum, um diese Veränderung zu kämpfen.

Viele Bauern unseres Landes bearbeiten traditionell das Land gemeinschaftlich. Deshalb konnten sie sich auch bisher behaupten. Diese Erfahrung der gemeinsamen Arbeit hat auch verhindert, daß die Regierung die Bauern beseitigen konnte. Wenn zum Beispiel hier in dieser Gemeinschaft ein Landproblem nicht gelöst wird, schließen sich alle zusammen, um die Lösung des Problems zu fordern. Wenn sie erst einmal die Freiheit haben, sich so zu organisieren, wie sie es wollen, ist es einfach, eine Struktur zu entwerfen, wie die Produktion beschaffen sein soll.

Und die Arbeiter arbeiten auch täglich in Gruppen. Deshalb dürfte es auch für sie nicht schwierig zu verstehen sein, daß die eigentlichen Besitzer der Fabrik die Arbeiter sein sollen, die darin arbeiten. Es müßen sich also beide Seiten darüber einig werden, wie die Beziehungen zwischen den Bauern und Arbeitern beschaffen sein sollen.

FRAGE:
Diese Vorstellung von Demokratie geht aber über die formale Demokratie weit hinaus.
MOISES:
Ganz wesentlich ist die Entscheidung des Volkes. Ich werde euch ein Beispiel geben: Wenn nur wir entscheiden würden, was zu machen ist, wenn die Menschen nicht wissen, worum es geht, wenn die Leute nicht darüber informiert sind, warum eine bestimmte Arbeit gemacht werden soll, sind sie nicht damit einverstanden. Also, daß z.B. so viele Leute jetzt am Aufbau der neuen Aguascalientes arbeiten, ist Ergebnis eines Diskussions- und Entscheidungsprozesses. Wir haben ihn natürlich vorangetrieben, aber es funktioniert nur aufgrund der Entscheidung der Mehrheit der Menschen. Wenn wir am selben Beispiel bleiben: Wir, die wir von den Gemeinden zu ihren Vertretern bestimmt worden sind, unsere Arbeit besteht darin, die Informationen, die Daten über die Lage zusammenzutragen. Danach ist es die Aufgabe des Komitees, die Informationen zu analysieren, zu diskutieren und Vorschläge darüber zu machen, was gemacht werden soll. Vorschläge. Diese Vorschläge werden der Basis unterbreitet. Die entscheidet dann, ob der jeweilige Vorschlag angebracht ist oder nicht und was an ihm gut oder schlecht ist und was anders sein soll. So arbeiten wir.
FRAGE:
Diese Art der direkten Demokratie ist ja auch für uns in Europa ganz wichtig, und sie ist ein entscheidender Grund für die Sympathien, die wir euch gegenüber empfinden. Gleichzeitig steht diese Art von Volksdemokratie in einem krassen Gegensatz zur herrschenden formalen Demokratie.
MOISES:
Ja, unsere Basis und wir helfen uns gegenseitig. Denn die Demokratie bringt mit sich, daß man sich irren kann, man kann Fehler begehen. So helfen und korrigieren wir uns gegenseitig. Wir müssen uns also erklären, um uns richtig zu verstehen und damit es zu Übereinkommen kommt. Und dadurch haben wir uns auch bisher halten können. Es gibt keine Spaltung unter uns, denn wir machen alles dafür, um die Sachen klarzustellen, sowohl an der Basis als auch zwischen den Companeros aus dem Komitee.
FRAGE: Noch eine letzte Frage etwas ausserhalb des Kontextes: Warum glaubst du, hat die Regierung so lange gezögert, bis sie die Kaffeeplantage Finca Liquidambar geräumt haben?
MOISES:
Nun, in den letzten Jahren versuchte die Regierung unseres Landes eine ganz strenge Kontrolle auszuüben. Per Gesetz wurde unmöglich gemacht, zu demonstrieren, zu protestieren. Es war also eine so scharfe Kontrolle, daß die Leute sich quasi nicht mehr bewegen konnten, daß sie direkt von Gefängnis, Tod, Räumung und Repression bedroht waren. Aber als die EZLN am 1. Januar 1994 in Erscheinung trat, war es so, als ob sie die Tür öffnen würde und nun kamen plötzlich die Leute und begannen zu protestieren. Das Tor war also geöffnet und die Leute sahen den Augenblick gekommen, um die Fincas zu besetzen. So war es und sie fühlten sich von der EZLN unterstützt. Deshalb dauerte es so lang.

FRAGE:
Zum Abschluß wollten wir noch gerne sagen, daß es uns hier ausgesprochen gut gefallen hat. Und daß wir schon nach einer Woche gesehen haben, daß es hier eine ganz andere Welt ist, die uns sehr sympatisch ist. Und ich würde noch hinzufügen, daß wir hier Anfänge von einer neuen Welt gesehen haben. Und daß die Leute hier zwar arm, aber voller Würde leben.
MOISES:
Ja. In diesem Sinne ja. Aber die Würde ist unvollständig. Und weil die Würde unvollstŠndig ist, haben sich die Leute erhoben, um die Würde zu vervollständigen. Als menschliches Wesen müßen sie über das Verfügen können, was die anderen gehortet haben. Wir haben uns würdig erhoben, um zurückzubekommen, was uns gehört. Wir stehlen nicht, beuten nicht aus, es ist unser Recht. Es gehört uns, als menschliche Wesen. Deshalb kann man die Würde auch nicht studieren.
FRAGE:
Ich weiß nicht, ob du noch eine Frage an uns hast?
MOISES:
Wann kommt ihr wieder?

La Realidad, 23.12.1995

Fazit

Im ersten Text vertritt El Barzon die Ansicht, daß die Zins- und Zinseszinszahlungen auf die drei Parteien: Gläubiger, Staat und Schuldner verteilt werden sollen. Die umwälzenden Folgen einer Umsetzung dieser Forderung liegen auf der Hand. Die Kreditgeber müßten auf leistungslose Einkommen verzichten, der Mit-Hauptschuldige an der Misere - der Staat - würde zur Kasse gebeten, und die Kreditnehmer übernehmen in etwa den Betrag, der den Banken für Aufwand und Risiko zusteht.
Ein ähnlicher Vorschlag wurde in der "evolution" 8/1995 unter dem Titel "Entschuldung jetzt!" erläutert. Dabei wurde die Ansicht vertreten, daß sämtliche bisher geleisteten Zinszahlungen als Rückzahlung der Kreditschuld gelten. Bei Häusern hieße das z.B., daß diese reihenweise an die übergehen würden, die im Moment in ihnen wohnen. Dieser Vorschlag wurde übrigens Ezra Heywood abgeschaut, einem US-Anarchisten, der am Ende des 19. Jahrhunderts aktiv war. "Er behauptete, daß Zinszahlungen für die Schuld eine Teilzahlung auf das Kapital darstellten und daß die Schuld nicht länger bestand, sobald ihr Nennbetrag in Zinsen bezahlt worden war" (zitiert nach J.J. Martin; Männer gegen den Staat. Freiburg 1980. S. 193)

Im Interview greift Major Moises eine Ur-Forderung der sozialistischen Bewegung auf, die beinahe in Vergessenheit geraten ist. Die nach ungeschmählertem Arbeitsertrag und nach gleichwertigem Austausch.

Vor 75 Jahren forderten die revolutionären Matrosen von Kronstadt (Petrograd) in ihrer berühmten Resolution vom 1. März 1921 u.a.:

(...)

11. Den Bauern das volle Recht zu geben, über ihr ganzes Land so zu verfügen, wie sie es wünschen, und auch Vieh zu besitzen, sofern sie es mit eigenen Kräften halten, d. h. sich keiner Lohnarbeit bedienen.

(...)

15. Freie handwerkliche Produktion auf der Basis eigener Hände Arbeit zu gestatten (d.h. ohne Lohnarbeit).

(...)

(aus: Dokumente der Weltrevolution, Band 2, S. 343)

Die Forderungen von El Barzon und der EZLN treffen den Kapitalismus und den Neo-Liberalismus mitten ins Herz.
Die KronstädterInnen provozierten Lenin und Trotzki mit ihren selbstverständlichen Forderungen so zentral, daß diese zum vernichtenden Schlag ausholten.
Es ist eine Lüge, zu behaupten, die Geschichte müße sich immer wiederholen. Wenn wir unsere Geschichte und unsere Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen, wird sie eine andere Richtung bekommen, der Freiheit zu.

Zusammengestellt und kommentiert
von André Siegenthaler

PS: Im Sommer findet in La Realidad (Chiapas) ein "intergalaktisches Treffen für die Menschheit und gegen Neo-Liberalismus" statt. Nähere Informationen bei ihrer örtlichen Solidaritäts-Gruppe oder in "Land und Freiheit".

Die Zeitschrift "Land und Freiheit" enthält die Kommuniques der EZLN, die Briefe Marcos und Hintergrundinformationen zur aktuellen Lage in Chiapas. Sie erscheint alle 3-4 Wochen. Ein Abo für 3 Monate kostet DM 10.-DM. Bezug über:

Edition Nautilus
Am Brink 10
21029 Hamburg.

Sehr empfehlenswert!

Dirk Kühne

Alternative Geldordnung: Proudhon und seine Tauschbank

Wenn man über das Thema Austritt aus dem Kapitalismus - Selbstbestimmung in Gesellschaft und Ökonomie spricht, darf der französische Sozialist Pierre Joseph Proudhon nicht übergangen werden, zum einen, weil er zu den frühen Wegbereitern eines neuen, nichtkapitalistischen Geldrechts gehört, zum anderen, weil er als Anarchist konsequent für die Selbstbestimmung der Menschen eintrat.
Proudhon war der wohl führende Anarchist und Sozialist Frankreichs im vergangenen Jahrhundert. Insbesondere seine Aussagen zum Eigentum, aber auch seine geldtheoretischen Überlegungen haben nicht nur damals für Aufsehen gesorgt, sondern sind zum Teil auch in die herrschende Lehre eingeflossen.
1809 geboren, absolviert Proudhon nach seiner Schulzeit eine Ausbildung als Korrektor und Schriftsetzer und kauft später eine kleine Druckerei. 1838 erhält er ein Stipendium der Akademie von Besançon und siedelt nach Paris über. Ab 1840 erscheinen von ihm drei Denkschriften über das Eigentum. 1842 wird ihm der Prozeß wegen dieser Schriften gemacht. Proudhon erreicht jedoch einen Freispruch. 1846 erscheint eines seiner Hauptwerke: Die Philosophie des Elends. Dadurch kommt es zum Bruch mit Karl Marx, der mit seinem Werk "Das Elend der Philosophie" reagiert.
1848 bricht in Frankreich die Monarchie zusammen, die Republik wird proklamiert. Proudhon geht als Volksvertreter ins Parlament. 1849 gründet er die Volksbank als

praktische Konsequenz seiner geldtheoretischen Vorstellungen und Ideen zur "Tauschbank". Wegen einiger Äußerungen, die der politischen Führung Frankreichs nicht gefallen, wird ihm jedoch erneut der Prozeß gemacht. Diesmal kommt es zur Verurteilung, und Proudhon geht 1850 in Haft. Schon während des Prozesses muß er die Volksbank wieder auflösen, da ihm seine Verteidigung keine Zeit zur Geschäftsführung läßt.
Während seiner Inhaftierung erscheinen diverse Schriften von Proudhon, u.a. "Die Bekenntnisse eines Revolutionärs." 1852 wird er entlassen, sechs Jahre später erneut verurteilt. Diesmal flieht er zunächst nach Belgien, kehrt aber 1862 nach Frankreich zurück. Proudhon stirbt 1865.
Im Laufe seines Schaffens schrieb Proudhon eine Reihe von Werken zum Thema Geld. Er selbst nannte sich in den "Bekenntnissen eines Revolutionärs" den "Theoretiker des unentgeltlichen Kredits".

Proudhons Geldtheorie

Als Anarchist war für Proudhon Ausgangspunkt seiner Überlegungen die Freiheit des einzelnen. Durch Austausch von Produkten (Naturaltausch) und Handel (Tausch mittels Geld) nimmt diese Freiheit zu. Gleichzeitig existiert aber auch eine Gefahr im Tausch und im Handel, nämlich die Gefahr der Unterordnung, d.h. ein sozial schwächerer Teil der Tauschpartner muß die Bedingungen eines sozial stärkeren Teils akzeptieren. Woher kommt diese Unterordnung?
Alle Werte werden ausschließlich durch Arbeit geschaffen. Die Rohstoffe sowie der Boden stehen zunächst einmal kostenlos zur Verfügung. Durch Arbeit entstehen aus dem Einsatz von Rohstoffen und Boden Produkte, die einen Wert haben.
Im Gegensatz zum Marxismus stellt hier Proudhon dennoch keine Arbeitswerttheorie auf. Im Gegenteil: Er kritisiert alle Theorien, die versuchen, Werte aufgrund der eingesetzten Arbeit zu objektivieren. Die Höhe eines Produktwertes ergibt sich auch für Proudhon aus der Spannung zwischen Angebot und Nachfrage. Zusammengefaßt: Der Wert jedes Produktes an sich entsteht durch die Arbeit, die Höhe des Wertes entsteht auf dem Markt.
Wenn alle Werte nur aus Arbeit entstehen, dann müßten auch alle Einkommen an den Faktor Arbeit (und damit an die Arbeitenden) gehen. Dies wird aber durch den Zins verhindert, der ja Kapitaleinkommen und damit Einkommen ohne Arbeit darstellt. Zins schafft - nach Proudhon - auf der einen Seite der Bevölkerung "Schwindsucht", auf der anderen Seite Überfluß. Diese Schwindsucht führt letztlich zur sozialen Unterordnung. Der Tausch der Produkte bzw. der Handel ist nicht mehr gerecht, er schränkt die Freiheit der sozial Schwächeren ein.
Neben dieser sozialen Argumentation sieht Proudhon auch die Wirtschaftskrise als eine Folge der Zinsen. Zum Handel (Zirkulation) wird Geld benötigt. Dieses Geld arbeitet aber nicht umsonst. Der Preis ist der Zins. Dadurch entsteht (wie vorhin bereits angemerkt) auf der einen Seite "Schwindsucht", auf der anderen Seite Überfluß. Auf der Seite des Überflusses verläßt ein Teil des Geldes die Zirkulation (Hortung). Dadurch geht die Zirkulation zurück, was zur Wirtschaftskrise führt.

Dabei geht es Proudhon auch bei dieser Argumentationskette nicht einfach um das Funktionieren der Wirtschaft als Selbstzweck. Auch hier geht es ihm um die Freiheit. Wird das, was er mit Zirkulation bezeichnet, gestoppt oder gebremst, so hat dies auch einen Verlust an Freiheit für die am Wirtschaftsleben Beteiligten zur Folge.
Warum "arbeitet" nun Geld aber nicht umsonst? Warum sind Kredite nicht zinsfrei?
Proudhon hat dazu eine Antwort, die sich aus den damals herrschenden Vorstellungen und Definitionen des Geldes ergibt. Als Geld (=Bargeld) werden zu seiner Zeit lediglich aus Gold bestehende Münzen bezeichnet. Selbstverständlich sind bereits Banknoten im Umlauf, jedoch werden in ihnen lediglich eine Art Anrechtscheine auf Goldmünzen gesehen. Man ist noch vollkommen auf Golddeckung von Geld fixiert, da ein Tauschmittel ja auch einen Wert (=Eigenwert) haben müsse.
Genau hier setzt Proudhon an: Dadurch, daß Geld einen eigenen Materialwert hat, wird es nur gegen Zahlung eines Preises, den Zins, verliehen. Der Zins existiert nur, weil Geld einen Eigenwert besitzt. Daß auch Geld ohne Eigenwert gegen Zinsen verliehen wird, scheint Proudhon abwegig.
Die Lösung des Problems wäre die Schaffung eines Tauschmittels, das keinen Eigenwert hat und damit zinslos verliehen wird. Beides wollte Proudhon durch die Gründung einer Tauschbank erreichen. 1849 nahm er dieses Unternehmen unter der Bezeichnung "Volksbank" selbst in Angriff.

Die Volksbank

Die Volksbank wurde als Kommanditgesellschaft gegründet. Proudhon setzte - wie viele Anarchisten - auf gesellschaftliche Änderungen durch freiwillige Assoziationen. "Die Tauschbank kann aber nur auf Grund des Willens aller Bürger bestehen, da sie ihre Macht auf deren freien Beitritt gründet", schrieb er in seinem Revolutionären Programm. Das hinderte ihn allerdings nicht daran, als Volksvertreter von der Regierung zu verlangen, die Tauschbank zu installieren. Allerdings geht er hierbei auch davon aus, daß die Regierung lediglich Initiator ist, der Beitritt zur Bank aber freiwillig bleibt. Die Tauschbank sollte als bessere Alternative innerhalb des herkömmlichen Systems existieren. Der Antrag als Volksvertreter scheiterte, und so ergriff Proudhon die Eigeninitiative. Im Laufe von sechs Wochen nach Gründung schwoll die Zahl der Mitglieder auf 20.000 an. Diese 20.000 Mitglieder vertraten insgesamt mindestens 60.000 Personen.
Hauptzweck der Volksbank war die Herausgabe von "Zirkulationsnoten". Im Unterschied zu gewöhnlichen Banknoten, die durch Geld (also Gold) gedeckt waren, hatten die Zirkulationsnoten keine derartige Deckung. Proudhon sah in ihnen eine Lieferungsanweisung. Jedes Mitglied der Volksbank verpflichtete sich, seine Waren oder Dienstleistungen gegen Zirkulationsnoten abzugeben ("gegenseitige Acceptation"). Waren die Zirkulationsnoten einmal herausgegeben, hatte die Volksbank keine Verpflichtung mehr auf Rückzahlung in Bargeld.
Auf der Basis der herausgegebenen Zirkulationsnoten sollte die Bank dann Einlagen zinslos entgegennehmen und zinslos Kredite vergeben.

Die Volksbank scheiterte sehr bald. Grund war aber nicht, daß sie nicht funktionierte, sondern daß man Proudhon durch einen Prozeß mit Verurteilung ausschaltete. Zu fragen ist, ob die Bank tatsächlich eine Chance gehabt hätte, die Gesellschaft zu revolutionieren. Dies soll hier kurz erläutert werden.

1.) Proudhons Grundgedanke, daß alle Werte ausschließlich aus Arbeit entstehen und folglich auch alle Einkommen nur dem Produktionsfaktor Arbeit zufließen sollen, ist schlüssig, nachvollziehbar und korrekt.

2.) Auch der Feststellung Proudhons, daß durch Hortung von Geld der Austausch von Waren und Dienstleistungen, der Handel, das gesamte wirtschaftliche Leben gefährdet ist, kann man zustimmen.

3.) Ebenso korrekt erkennt Proudhon die Auswirkungen des Zinses als Einkommen ohne Arbeitsleistung, der zur - wie er es nennt - "Unterordnung" (sprich: Ausbeutung) führt.

4.) Proudhons Fehler ist, daß er die Ursachen des Zinses nicht vollständig erkennt und so auch z.T. zu falschen Schlußfolgerungen kommt. Nach Proudhon kann der Kreditgeber deshalb Zinsen verlangen, weil das Geld, das er hergibt, einen Eigenwert hat. Wird dieser Eigenwert (Gold, Golddeckung etc.) abgeschafft, existiert auch kein Grund mehr, Zinsen zu nehmen. Dieser Gedanke greift aber zu kurz, denn auch ungedecktes Geld wird nur gegen Zinsen verliehen.

Die Frage, die hinter dem Problem steht, muß anders gestellt werden: Warum sollte jemand sein Geld überhaupt verleihen? Solange der Wert des Geldes garantiert ist, egal ob z.B. durch Golddeckung oder durch das Sozialprodukt eines Landes, verbunden mit einer allgemeinen Akzeptanz, hat er keinen Verlust, wenn er sein übriges Geld einfach hortet und nicht verleiht. Die Zinsen sind daher ein Preis, eine Art Belohnung dafür, daß er sein Geld trotzdem vorübergehend hergibt.

5.) Proudhon hat es daher versäumt, in seiner Theorie einen Mechanismus einzubauen, der das Zurückhalten von Geld bestraft. Dieser Mechanismus ist aber unbedingt notwendig. Er allein führt dazu, daß Geld auch zinslos verliehen wird.

6.) Es entspricht der anarchistischen Ausgangsposition Proudhons, sein System auf freiwilliger Basis durchzusetzen mit dem Ziel, eine gesamtgesellschaftliche Revolution zu erreichen. Er selbst spricht aber davon, daß die gegenseitige Zustimmung von 35 Millionen Bürgern (im damaligen Frankreich), "mittels Propaganda vielleicht nicht einmal in 20 Jahren herbeigeführt werden könnte". Warum zog er trotzdem diesen Weg vor? Gesamtgesellschaftliche Probleme müssen auch gesamtgesellschaftlich gelöst werden.

Fazit

Die Volksbank hätte für ihre Mitglieder eventuelle eine brauchbare Institution zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation (z.B. Steigerung des Warenumsatzes) werden können - aber eben nur für ihre Mitglieder. Solange hier lediglich ein neues System innerhalb des alten, kapitalistischen existiert, wäre es wohl nie zu einer

wirklichen Veränderung gekommen. Was hätte jemanden daran hindern sollen, aus beiden Systemen gleichzeitig die jeweiligen Vorteile zu ziehen?
Proudhon hat wichtige Grundideen formuliert. Aber seine Theorie weist auch entscheidende Defizite auf. Diese Defizite wurden von anderen Autoren ausgeglichen, so daß heute eine brauchbare, geschlossene Theorie auf der Basis von Proudhon vorliegt. Was nun noch fehlt ist eine allgemeine, gesamtgesellschaftliche Durchsetzung in der Praxis.

Der Autor Dirk Kühne ist Mitglied der allmende -Akademie für Selbstbestimmung in Gesellschaft und Ökonomie.
Anschrift: allmende - Akademie
c/o Marco Ferdinand Mühlen
Rimgjeide 24c
D - 21149 Hamburg.

Liebe FreundInnen, denkt bitte daran Eure ESPERO-Abos zu erneuern, wenn es ausgelaufen ist.

Hans Arnfried Astel

SAGITTA oder: "Salü Saarbrücken"

Gerd Schäfer gewidmet

aus: SAND AM MEER poetische Geheimkorrespondenz

Klamm und heimlich
ehrt Saarbrücken
John Henry Mackay,
seinen großen Sohn.
Väterlicherseits Schotte,
aber Deutsch
war seine Muttersprache.

Aus Hamburg
ist seine Mutter
ihrem zweiten Mann gefolgt
in die geistlose
Stadt der Händler,
der Beamten und des Militärs.
Diese Stadt,
und was schlimmer ist,
ihre Bürger hat Mackay,
der gut deutsch Mak-kai
ausgesprochen werden wollte,
diese Stadt hat
der Flüchtige porträtiert
in den "Schilderungen
aus der kleinen Stadt"
mit dem Titel
"Die Menschen der Ehe".
Das Buch kennt hier
niemand, und das
wundert mich kaum, denn hier,
wo jeder bodenständige Wind
mit dem Schmetterlingsnetzt
eingefangen wird, bleibt eher
der alte Maoist ein Linker,
als daß der Anarchist J.H.M.
als " Geschenkbuch" vertrieben wird.
Klamm und heimlich
ehren sie ihn
durch den Windpfeil
über der Weltkugel
auf der Saar-
am Hauptbahnhof.
Den ersten Strichjungenroman
der Weimarer Republik
hatte Mackay
als "Sagitta" herausgebracht,
was auf deutsch der Pfeil heißt.

DER VORHANG aus Staub
an der Fensterscheibe hier:
eine Gardine.
Ich sehe die Nachbarin,
aber sie kann mich nicht sehn.

Am 16. Nov. 1995 sendete der Saarländische Rundfunk in der Reihe "Literatur im Gespräch" eine einstündige Sendung über Mackay´s Buch "Menschen der Ehe". Ort der Handlung ist Saarbrücken. Dabei werden Mackay´s Werdegang, seine vielschichtigen Arbeiten und seine Weltsicht erläutert. Eine sehr schöne Übersicht über die verschiedenen Aspekte des Lebens dieses außergewöhnlichen Menschen.

Eine Kassette kann gegen Zusendung von Fr/DM 10.- in Schein oder Briefmarken bezogen werden bei:

Mackay-Gesellschaft

c/o anares

Postfach

CH - 3000 Bern 8

Weiterhin sind "Menschen der Ehe" und andere Bücher Mackay´s lieferbar. Bestellen Sie bei uns oder Ihrer Buchhandlung.

Mitteilungen

"Max Stirner-Archiv zu Leipzig" und deutschsprachige "Max Stirner-Bibliographie"

Für alle Max Stirner-Fans möchte ich bekannt geben, daß ich seit mehr als einem Jahr dabei bin, ein "Max Stirner-Archiv" aufzubauen. Inzwischen sind es 66 Ordner mit ca. 1000 Kopien aus Büchern, Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen; zusätzlich über 90 Bücher und Broschüren von und zu Stirner. Parallel dazu entstand eine Bibliographie, die sowohl deutsch- als auch fremdsprachige Titel enthält (über 2000 Titel).
Bei letzterem ist an einer Herausgabe einer deutschsprachigen Stirner-Bibliographie - in Zusammenarbeit mit dem Libertad-Verlag zu Berlin - gedacht.
Das Stirner-Archiv ist zugänglich für alle Stirner-Fans und -Interssierte. Gezielte Bestellungen - soweit entsprechende Dokumente im Archiv befindlich - werden (gegen Erstattung der Unkosten: Kopieren, Porto, Briefumschläge) zugesandt.
Ich selbst bin daran interessiert, alle Hinweise entgegenzunehmen, um sowohl das Archiv als auch die Bibliographie zu erweitern. Dabei geht es nicht um Hinweise früherer Veröffentlichungen, sondern auch gegenwärtiger und geplanter.
Andere Formen der Unterstützung zum weiteren Auf- und Ausbau des Archivs und der Bibliographie nehme ich dankend an.
Max Stirner-Archiv zu Leipzig
c/o Kurt W. Fleming
Gustav-Kühn-Str. 6
D-04159 Leipzig

(Selbstdastellung)

Anares Nord hat zusammen mit **Anares Köln** einen Gemeinschaftskatalog mit über 1000 Titeln - viele davon schon für unter 15,-- DM - zusammengestellt. Vorwiegend mit Büchern aus den Gebieten: Anarchismus, 1968 und Folgen, Geist & Psyche, Pädagogik, Literatur, Kunst & Kultur u.v.m.
Der Katalog ist gegen 2,-- DM Rückporto zu beziehen über:
ANARES Nord
Postfach 2011
31315 Sehnde

Hubert Kennedy, amerikanischer Germanist und hervorragender Mackay-Kenner veröffentlichte in der deutschen Zeitschrift "FORUM - Homosexualität und Literatur" Nr. 24/1995 (S. 37-59) einen sehr guten Artikel mit dem Titel "Götterdämmerung. John Henry Mackays "Der Unschuldige"" Hubert Kennedy publizierte u.a. auch in der letzten ESPERO.
Das Heft kostet 15,-- DM (plus Porto?) und ist zu beziehen über:
Die Blaue Eule
Aktienstr. 8

D-45359 Essen
Tel.: 0201/680949

Markus Henning, u.a. Autor des Espero-Sonderheftes Nr. 1 "Max Stirners Egoismus", hat jetzt eine Din-A-4 - Broschüre vorgelegt: "Freiwirtschafts-Sammlung in der Bibliothek der Berliner Gesellschaft zum Studium sozialer Fragen e.V. (BGSSF) Nr. 3, Januar 1996 (zur BGSSF siehe auch die Projektdarstellung in der ESPERO-Nullnummer März 1994). Neben der Aufstellung der Bücher, Broschüren und Periodika zum Thema Freiwirtschaft, die im übrigen auch ausgeliehen werden können, enthält das Heft (30 S. / 10,--DM) auch den sehr empfehlenswerten Artikel: "Warum eine Freiwirtschafts-Sammlung in einer anarchistischen Bibliothek? Zum Verhältnis von Anarchismus und Freiwirtschaft" (S. 2-8).
Bezug über: BGSSF e.V. / AG Freiwirtschaft
c/o Markus Henning
Kantstr. 23
10623 Berlin

Jochen Knoblauch veröffentlichte in "SKLAVEN - Migranten, Querulanten, Kombattanden" Nr. 17 / Okt. 1995 (S. 36-38) einen Artikel mit der Überschrift "150 Jahre Punk", in dem es u.a. um einen Vergleich zwischen Max Stirner und dem philosophischen Selbstverständnis der heutigen Autonomen geht. Das Heft ist zu beziehen über die Berliner ESPERO-Redaktion oder direkt bei:
"Sklaven"
c/o BasisDruck Verlag GmbH
Schliemannstr. 23
10437 Berlin
Tel.: 030/445 76 80

Hans Nowicki überraschte mit der Veröffentlichung seiner Diplomarbeit mit dem Titel: "Von Max Stirner zur gegenwärtigen antipädagogischen Diskussion"
Eine sehr lesbare und informative Arbeit. Sie umfaßt 118 Seiten und kostet 16,80 DM (plus Porto) und ist zu beziehen über:
Edition Herwig Schmidt
Kurze Str. 21
D-44137 Dortmund

J.K.

Dicht daneben ist auch vorbei

Mit seiner Aufmerksamkeit bedachte uns auch der **"Schwarze Faden"** (Nr.56 - 5/95) mit einer kleinen Notiz unter dem Titel "Abteilung einseitig & wenig kritisch", und kommentierte den Artikel von André Siegenthaler in der letzte ESPERO (S.14-16)
Schade, schade, denn bisher gab es in ESPERO eine ganze Anzahl von

bemerkenswerten Artikeln denen wirklich Aufmerksamkeit hätte entgegen gebracht werden können Wir betrachten es als einen eklatanten Mangel, daß es scheinbar leichter ist sich gegen jemanden oder etwas auszusprechen, als für jemanden oder für etwas.
Der SF versinkt in Langeweile und Inhaltlosigkeit bei seiner Hatz nach Leserschaften. Wir bedauern diese Tendenz, denn Quantität ist nicht gleich Qualität. Daß es in der linken Szene trübe aussieht, Argumentation durch haltlose Denunzierung der Andersdenkenden ersetzt wird, ist etwas, was uns nicht interessiert, aber wenn Libertäre sich dieser Tendenz anschließen, sie nicht befähigt sind, eigene Positionen zu vertreten, ebenso Sachlichkeit und Toleranz, der Auflage zugunsten baden geht, dann dürfte es mit der Umsetzung von libertären Zielen ziemlich traurig aussehen. Libertäre sollten lernen, sich solidarisch, konstruktiv zu artikulieren und vor allem inhaltliche Beiträge zu leisten.

die Redaktion

sparen!

sparen!

sparen!

Sparen Wir uns unsere Volksvertreter!
Ersparen wir uns "Vertreter", die eigentlich wegen betrügerischen Konkurs vor Gericht gehörten, wenn sie den gleichen Gesetzen unterliegen würden, die sie verabschieden.

Entlassen wirdie Vertreter!
Nehmen wir unsere Angelegenheiten endlich selbst in die Hände!

Es lebe die Anarchie!

Espero Nr. 6/7, März 1996 **kopieren und weiterverteilen**